

Actualités 1/2020

Die elektronische Zeitschrift der
Deutsch-Französischen Juristenvereinigung e.V.



■ Termine 2020

Spargelesen

27. Juni 2020 in Mainz

Jahrestagung

25.09. und 26.09.2020
in Berlin

Vorseminar

22.09. bis 26.09.2020
in Berlin

Liebe Mitglieder,
liebe Freunde der DFJ,

seit über vier Wochen ist die Welt regelrecht aus den Fugen geraten. Der Versuch, sich gegen eine schnelle Ausbreitung des Coronavirus zu schützen, welche das deutsche Gesundheitssystem wie in Nord-Italien, Spanien oder im französischen Grand-Est überfordern könnte, hat unser öffentliches Leben in einem noch nicht geahnten Ausmaß lahmgelegt. Die Angst um den Verlust von nahen Angehörigen aber auch die finanzielle Existenzangst beherrschen heute vielfach unser Denken. So ist es nicht einfach, Ihnen unsere neue Ausgabe der *Actualités* in gewohnter, fröhlicher Weise vorzustellen. Das Grußwort unseres Präsidenten macht uns dennoch Mut, und wir legen es Ihnen besonders ans Herz.

Gerade in Coronazeiten werden Sie, so hoffen wir es, schätzen, dass die Vereinigung außerhalb unserer traditionellen Präsenzveranstaltungen dank den *Actualités* mit Leben gefüllt wird. Zusammen mit Konstanze Brieskorn, die die Ausgabe mit großem Engagement erneut mitgestaltet hat, haben wir die gewohnten Rubriken einer Verjüngungskur unterzogen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen. Bleiben Sie gesund!

Ihre
Fabienne Kutscher-Puis

Chers membres,
chers amis de la DFJ,

Depuis plus de quatre semaines, notre monde est gravement perturbé. Notre vie publique se trouve paralysée d'une façon jusqu'alors inimaginable, dans l'espoir de se protéger contre une propagation du virus trop rapide qui pourrait surmener notre système de santé comme en Italie du Nord, en Espagne ou dans la région du Grand-Est. Ainsi, nous sommes confrontés à la peur de perdre des parents proches ou la base financière de notre existence. Dans ces conditions, il n'est certes pas facile de vous présenter, avec entrain comme à l'habitude, la nouvelle édition des *Actualités*.

Le mot de notre Président, dont nous vous recommandons chaudement la lecture, nous encourage pourtant à ne pas baisser les bras.

Durant la crise sanitaire, nous espérons que vous apprécierez que nos *Actualités* animent la vie de notre association en dehors de nos événements traditionnels. Avec Konstanze Brieskorn qui, à nouveau s'est beaucoup investie dans la conception de ce numéro, nous avons fait faire une petite cure de jouvence à nos rubriques habituelles.

Nous vous souhaitons une bonne lecture. Prenez soin de vous.

Bien à vous,
Fabienne Kutscher-Puis

■ Inhaltsverzeichnis

Die Vereinigung aktiv.....	3
Grußwort des Präsidenten	3
Exzellenzpreise der Deutsch-Französischen Hochschule 2020.....	4
Antrittsrede von Jean-François Bohnert als procureur de la République financier	6
Deutsch-Französischer Preis der Kultur- und Kreativwirtschaft an Dr. Florian Drücke.....	12
Praxiswissen.....	13
Deutschland Frankreich: gegenwärtige Herausforderungen an die Verfassungsgerichte	13
von Dr. Jürgen Jekewitz, Bonn/Dorweiler und Thierry Hiblot, Paris	
Hilfeleistungen für die Anwaltschaft in Zeiten der Coronakrise	16
von Dr. Fabienne Kutscher-Puis, Düsseldorf	
Überblick über die Reformen im französischen Zivilprozess	18
von Dr. Martin Zwickel, Erlangen	
Die französische Zivilprozessrechtsreform aus französischer anwaltlicher Sicht	26
von Michel Wolfer, Paris	
Aus den Hochschulen.....	29
Integriertes Studienprogramm Deutsch-Französisches Recht an den Universitäten Nürnberg-Erlangen/Rennes.....	30
von Florian Schwarzbeck und Celine Helm, Erlangen	
Rechtsvergleichende Doktorarbeiten:	
Die Auswirkungen des référé-expertise auf deutsche Zivilrechtsverfahren.....	32
von Dr. Christiane Lenz, Köln	
Strafschadenersatz im internationalen Rechtsverkehr.....	34
von Dr. Marc Lendermann, Berlin	
Prix de thèse BIJUS du Centre juridique franco-allemand de l'université de la Sarre	36
Im Gespräch.....	37
Nicolas Morvilliers, Avocat au Barreau de Toulouse, Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Toulouse, im Interview.....	37
Recht verständlich	39
Die Kurzarbeit	39
von Dr. Konstanze Brieskorn, Berlin	

Lesenswertes	40
Sybille Neumann, Oliver Berg, Einführung in das französische Recht	40
Manuel de droit comparé des administrations européennes.....	41
Annuaire international de justice constitutionnelle, Allemagne.....	42
Neue Perspektiven.....	43

■ Impressum

Deutsch-Französische Juristenvereinigung e.V.

1. Vorsitzender:

Prof. Dr. Marc-Philippe Weller

2. Vorsitzender:

Dr. Heiner Baab

Generalsekretär:

Dr. Arno Maier-Bridou

Schatzmeister:

Dr. Christoph Hirschmann

Redaktion:

Dr. Fabienne Kutscher-Puis (V.i.S.d.P.)

fkp@kutscher-puis.com

Dr. Konstanze Brieskorn

brieskorn@avolegal.de

DFJ-Sekretariat:

Jutta Leither

Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Fachbereich 03

D-55099 Mainz

Telefon: +49 6131 39-22412

Telefax: +49 6131 39-24700

E-Mail: jleith@uni-mainz.de

Vereinsregister Mannheim VR 100197

Internet

www.dfj.org

■ Die Vereinigung aktiv

Grußwort des Präsidenten der DFJ aus aktuellem Anlass



Liebe Mitglieder und liebe Freunde der DFJ,

wer hätte noch vor einigen Wochen gedacht, dass die erste Ausgabe der *Actualités* 2020 in eine beiseislos gestoppte Welt fällt: Gerichte, Behörden, Kanzleien und Universitäten wurden heruntergefahren, ganze Branchen, so auch die juristische Beratung, nach Hause geschickt. Und die deutsch-französische Grenze ist - erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg - für weite Teile der Bevölkerung geschlossen. Die Staaten schotten sich ab.

Aber es zeigen sich auch hoffnungsvolle Anzeichen eines Wiederauflebens der zuvor so engen Kooperation: Politische Entscheidungsträger, internationale Forschungsgruppen und grenzüberschreitende Versorgungsnetzwerke finden – per Videokonferenz – zusammen, um die Virusbekämpfung auf allen Ebenen gemeinsam anzugehen. Inländische Kliniken behandeln schwerkranke Patienten aus dem Elsass oder Norditalien, wo die Krankenhäuser an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. Schutzausrüstung und Beatmungsgeräte werden überregional verteilt und medizinisches Fachpersonal eilt den bisher besonders stark betroffenen Nachbarregionen zu Hilfe.

Vor diesem Hintergrund ist natürlich ungewiss, ob unsere traditionellen DFJ-Veranstaltungen (Spargelessen, Vorseminar und Jahrestagung) dieses Jahr stattfinden können. Geplant ist das Spargelessen für den 27. Juni in Mainz, die Jahrestagung für den 25./26. September in Berlin, jeweils mit attraktivem Programm. Wir melden uns Ende Mai mit einem Planungs-Update. Hoffen wir auf eine positive Überraschung.

Momentan sind die Mediziner gefragt, aber post Corona werden wir Juristinnen und Juristen ebenfalls gebraucht: Wir müssen den durch Notstand und millionenfache Grundrechtseingriffe ins Wanken geratenen Rechtsstaat wieder aufrichten, in Dysbalance geratene Vertragsverhältnisse kurieren und die europäische Personenfreizügigkeit wiederherzustellen helfen. Eine große Herausforderung. Deutschland und Frankreich werden dabei vorangehen müssen; die DFJ und wir alle werden mitwirken.

Abschließend bleibt uns allen zu wünschen, dass die deutsch-französische Freundschaft dem Virus und seinen wirtschaftlichen Belastungen standhält und die europäische Idee eines Raums ohne Binnengrenzen österlich wiederaufersteht.

Marc-Philippe Weller

Exzellenzpreise der Deutsch-Französischen Hochschule 2020

von Dr. Fabienne Kutscher-Puis, Düsseldorf



Zum vierten Mal hat unsere Vereinigung die Patenschaft für zwei Exzellenzpreise der Deutsch-Französischen Hochschule für die besten Absolventen/-innen von integrierten binationalen und trinationalen Studiengängen der Rechtswissenschaften übernommen. Die diesjährigen Preise überreichten unser Vizepräsident, Herr Dr. Heiner Baab, an Frau Anne Bachmann und unser ehemaliger Schatzmeister, Herr Rudolf Herrmann, an Herrn Luke Dimitrios Spieker am 30. Januar 2020 im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung in der Residenz und bei Anwesenheit des deutschen Botschafters in Frankreich, Herrn Dr. Nikolaus Meyer-Landrut. Die Preisverleihung moderierte der Präsident der DFH, Herr Prof. Dr. Oliver Mentz. Herr Dr. Baab und Herr Herrmann begleiten seit dem Engagement der Vereinigung, mit großem Fleiß und stetiger Begeisterung, die Auswahl der Preisträger.

Die Preisträger haben ihre fachliche und interkulturelle Exzellenz durch hervorragende Studienabschlüsse oder durch besondere Verdienste unter Beweis gestellt. Die Redaktion der *Actualités* hat sich mit ihnen unterhalten und freut sich, Ihnen zwei Nachwuchsjuristen mit einem besonderen Interesse für die *causa publica* vorzustellen:

Anne Bachmann hat als Absolventin des Studiengangs „Rechtswissenschaften“ (Ludwig-Maximilians-Universität München / *Université Paris II – Panthéon-Assas*) den von der DFJ geförderten Exzellenzpreis erhalten. Ihr wurde zudem die Ehre zugeteilt, die Absolventenrede im *Palais de Beauharnais* zu halten.

Frau Bachmann ist Deutsch-Französin, in der Region Haut-de-France aufgewachsen und hat sich über mehrere Jahre in das Deutsch-Französische Jugendwerk aktiv eingebracht. Ihr Jurastudium führte sie in den ersten drei Jahren an die renommierte Pariser Universität *Panthéon-Assas* und in den folgenden zwei Jahren an die LMU in München. In den Master-Jahren widmete sie sich vorwiegend dem Europäischen Wirtschaftsrecht. So befasste sie sich in ihren beiden Masterarbeiten mit der Bedeutung der Empfehlungen und Leitlinien der Kartellbehörden für das Kartellrecht (bei Herrn Prof. Louis Vogel) und mit der Geltung von Gerichtsstandsvereinbarungen im Kartellrecht (bei Prof. Wolfgang Hau). Die Erkenntnisse von Frau Bachmann über das letztgenannte Thema werden voraussichtlich in der nächsten Ausgabe der *Actualités* vorgestellt.

Auch wenn sich Anne Bachmann für das Kartellrecht begeistert, entschloss sie sich, ein Zweitstudium an den Master anzuschließen, da

sie durch den Austausch mit Kommilitonen an der LMU noch andere berufliche Wege als den durch ihr Jurastudium vorgegebenen sah. Seit 2019 absolviert sie daher an *Sciences Po (Institut d'Études Politiques de Paris)* den zweijährigen Masterstudiengang „*Politiques publiques*“. Im Rahmen dieses Studiums ist sie zurzeit im *Cabinet du ministre de la Culture* bei Herrn Matthias Grolier, *Conseiller auprès du Ministre en charge des affaires internationales*, tätig.

Wir wünschen Frau Bachmann viel Glück bei ihrem weiteren Werdegang, der sie sicherlich immer wieder auch nach Deutschland führen wird.

Der zweite Preisträger ist **Luke Dimitrios Spieker**, der als Absolvent des Studiengangs „Europäischer Jurist“ (Humboldt-Universität zu Berlin / *Université Paris II – Panthéon-Assas / King's College London*) für seine herausragenden Leistungen im Studium geehrt wurde.

Auch wenn Dimitri Spieker mit Anne Bachmann einen Hochschulabschluss an der *Université Paris II – Panthéon-Assas* gemeinsam hat, so war er nicht für ein Studium in Frankreich prädestiniert: Dimitri Spieker ist Deutsch-Griecher, in Dortmund aufgewachsen und hatte bis zu seinem Studienaufenthalt in Frankreich keine nennenswerten Kenntnisse der französischen Sprache erworben. Vielmehr fühlte er sich zum italienischen Recht hingezogen. Da er bereits ein besonderes Interesse am Europarecht gezeigt hatte, entschieden die Programmbeauftragten aber – folgerichtig, wie wir finden! –, er solle an der französischen Partneruniversität der Humboldt-Universität mit dem Abschlussziel einer *Maîtrise en droit européen* weiterstudieren. So lernte Dimitri Spieker Französisch vor Ort und konnte bald die französischsprachige Literatur und Rechtsprechung zum Europarecht im Originaltext lesen. Der Studienaufenthalt in Paris war Teil des trinationalen Programms der Rechtswissenschaft an der *Humboldt European Law School* und erfolgte nach dem Bestehen der Ersten Juristischen Staatsprüfung in Berlin. Es folgte unmittelbar danach ein Universitätsjahr am *King's College London* mit der Erlangung des LL.M. Grades.

Heute ist Dimitri Spieker als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht der Universität Heidelberg tätig und nimmt an einem großangelegten Forschungsprojekt über die gerichtliche Anwendbarkeit der EU-Werte teil. Das Thema seiner Dissertation unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Armin von Bogdandy lautet: *“The Judicial Application of Union Values. Article 2 TEU in the Jurisprudence of the Court of Justice”*. Ein bedeutsames Thema für alle europäischen Demokratien.

Im Übrigen reiht sich der Exzellenzpreis der DFH in eine Reihe weiterer Auszeichnungen ein, die Dimitri Spieker erhalten hat, wie zum

Beispiel den Fakultätspreis der Humboldt-Universität zu Berlin für die beste Leistung in der Ersten Juristischen Prüfung. In diesem Sinne wünschen wir ihm auch weiterhin alles Gute.

Kandidaten für die Exzellenzpreise 2021 können sich bei der Deutsch-französischen Hochschule bewerben. Sie müssen in einem integrierten Studiengang in Frankreich und Deutschland studiert sowie im Jahr vor der Ausschreibung ihren Abschluss gemacht haben. Der Exzellenzpreis ist im Übrigen mit einem Preisgeld von EUR 1.500 verbunden. Nähere Informationen finden sich auf der DFH-Webseite unter www.dfh-ufa.org.

Antrittsrede von Jean-François Bohnert als procureur de la République financier



Wie wir bereits in den Actualités 3/2019 berichtet haben, ist der Präsident der AJFA, unser Freund Jean-François Bohnert, zum Finanzstaatsanwalt und Leiter der nationalen Finanzstaatsanwaltschaft in Frankreich ernannt worden. Mit seiner freundlichen Genehmigung dürfen wir seine offizielle Antrittsrede vom 13. Dezember 2019 veröffentlichen.

**Madame la Garde des Sceaux,
Monsieur le Président,
Mes chers collègues du siège et des trois parquets, Mesdames et Messieurs les hautes personnalités, Mesdames et Messieurs,**

Au moment de prendre mes nouvelles fonctions, je mesure avec gravité l'honneur et la confiance que vous m'accordez, Madame la Ministre, en ayant proposé de me nommer au poste de procureur de la République financier. Veuillez accepter, à cet instant, l'expression de ma profonde gratitude.

Le PRF et sa juridiction

J'aborde avec beaucoup d'humilité cette nouvelle étape de ma vie professionnelle, qui me conduit aujourd'hui à exercer, une nouvelle fois, les responsabilités à la fois exigeantes et passionnantes de **chef d'un parquet** et de chef de juridiction, dans le sillage de mes précédentes étapes, bourguignonne, berrichonne, normande et champardennaise.

En tant que chef de parquet d'abord, c'est vers vous que je me tourne en tout premier lieu, mes chers collègues du parquet national financier, du PNF. Un parquet, c'est avant toute chose une **équipe**, composée de magistrats, d'assistants spécialisés et de fonctionnaires du greffe, dont l'action commune doit être guidée par le double souci de solidarité et de cohérence, conditions *sine qua non* de sa lisibilité à l'extérieur. Dans cette équipe, le procureur se doit

d'être le *primus inter pares* qui, selon la métaphore marine, « donne le cap depuis la passerelle ». Mais, vigilant et attentif, il reste toujours à l'écoute et au soutien de ses collègues...surtout par « gros temps et mer agitée ». [*et je sais déjà que notre météo-marine maison est rarement orientée à « beau temps-mer calme »...*]

À la faveur de mes premières rencontres avec vous, je connais d'ores et déjà votre implication et la qualité de votre engagement, qui m'avaient été décrites par ma prédécesseur, Mme Eliane Houlette, et qui font la réputation du PNF. Je mesure ainsi la chance qui m'est donnée de travailler dorénavant avec chacune et chacun d'entre vous. En retour, j'aurai à cœur de vous associer directement à mon action, au sein de la juridiction, mais aussi dans son rayonnement national et international. Avant d'être le procureur, je serai votre procureur : je souhaite nouer avec chacune et chacun d'entre vous des relations empreintes de cordialité et de confiance. Si je suis en droit d'attendre de vous une entière **loyauté**, je vous accorde en retour ma pleine **confiance**.

Un troisième mot d'ordre guidera aussi mon action, celui de la **collégialité** dans notre activité. Cet esprit de collégialité, que je m'étais astreint à développer au sein du parquet de Rouen et du parquet général de Reims, je compte bien l'instaurer, comme vous l'avez déjà vu, dans nos rapports quotidiens au sein du PNF. Nous sommes, vous comme moi, des **magistrats du ministère public**, chargés d'appliquer la loi pénale et de défendre les intérêts de la société. Si, ensemble, nous tirons notre légitimité de la loi, ensemble nous puisons notre force dans le partage. Je fais ainsi mienne une sage recommandation reçue de l'un de mes anciens procureurs généraux [*M. Dominique LE BRAS, que je salue bien amicalement dans l'assistance*] : « la légitimité de l'autorité hiérarchique trouve sa source dans l'expérience partagée ». Je vous la confie à mon tour.

En tant que **chef de juridiction** ensuite, je me tourne à présent vers vous, Monsieur le président, Madame la directrice du greffe, mes chers collègues magistrats du siège et vers vous tous, mesdames et messieurs les fonctionnaires du greffe. Mais, spécificité parisienne, je me tourne également vers vous, Monsieur le procureur de la République de Paris [*cher Rémy*], et vers vous, Monsieur le procureur de la République anti-terroriste [*cher Jean-François*] : ensemble, avec le président, il nous appartient de diriger le premier tribunal de France, dans une « quadriarchie » bien singulière mais très efficace, mes premières semaines d'exercice me l'ont montré. Soyez d'ores et déjà assurés de ma disponibilité totale et de mon engagement à vos côtés pour partager la responsabilité de l'administration de cette belle juridiction.

Madame le Bâtonnier Peyron, Monsieur le Vice-Bâtonnier Ader, Mmes et MM. les avocats : je reprends bien volontiers à mon compte l'expression de Mme la Garde des Sceaux : vous êtes « *les pivots de la justice* ». Il y a quelques jours, lors de la rentrée solennelle du barreau de Paris, vous avez eu l'occasion de dire votre fierté d'avoir exercé votre mandat à la tête du barreau de la capitale, dynamique, talentueux et riche de la diversité de ses 29.000 membres. Ces qualités viennent tout naturellement à la rencontre des exigences du débat judiciaire, qui se doit d'être en toute circonstance loyal, dans le respect réciproque des droits de la défense et de ceux de l'accusation. Pour ma part, et avec mes collègues du PNF, je m'inscris avec conviction dans ce mouvement profond de respect réciproque, dont l'ultime bénéficiaire n'est autre que le justiciable, ne le perdons pas de vue. Ce dernier attend de nous, hommes et femmes de robe, avocats et magistrats, qu'ensemble nous lui rendions une justice équilibrée, dans sa double dimension, rétributive et réparatrice.

Je suis convaincu qu'avec vous également, Monsieur le Bâtonnier élu Cousi, Madame le Vice-Bâtonnier élu Roret, avocats et magistrats trouveront des promoteurs infatigables de la qualité et de la richesse des échanges judiciaires. Vous me trouverez toujours à vos côtés dans cette voie.

Le PRF, chef du PNF

Traditionnellement, l'audience d'installation offre au procureur de la République l'occasion de tracer publiquement les contours de la politique pénale et des priorités d'action publique qu'il entend mettre en œuvre avec son équipe de magistrats.

Je vous avoue qu'il me paraît quelque peu présomptueux de me livrer aujourd'hui à pareil exercice sans avoir, au préalable, pu prendre la pleine mesure de mes nouvelles fonctions. Pour autant, cette prudence de rigueur ne m'empêchera pas d'esquisser devant vous les grands traits de l'action que je compte développer au cours des mois à venir.

Mais permettez-moi, auparavant, de rendre hommage à mon prédécesseur, Mme Eliane Houlette. Créé par la loi organique du 6 décembre 2016, le PNF a commencé son activité sous sa conduite à partir du 1^{er} février 2014. Si, en 5 années à peine, ce parquet, le premier en France à dimension nationale, est devenu « la force de frappe » dont il est souvent crédité, notamment dans les media, c'est bien à Mme Houlette et à son équipe qu'il le doit.

Deux chiffres illustreront ici mon propos :

- En cinq ans d'existence, le PNF aura fait obtenir des condamnations à la somme totale de 7,7 milliards d'euros au titre des amendes, confiscations et dommages-intérêts prononcés, à son

initiative, par les magistrats de la 32ème chambre correctionnelle [p.m. : 7,7 mds €, c'est le montant du budget initial de la justice pour 2020 !].

- En trois ans d'existence de la convention judiciaire d'intérêt public (CJIP), créée par la loi dite Sapin II du 9 décembre 2016, le PNF l'a mise en œuvre déjà à 5 reprises pour un montant total de 1,08 milliards d'euros (1,55 si l'on inclut les paiements au fisc).

Mais après bientôt six années d'activité, le parquet national financier est aujourd'hui confronté à de nouveaux défis. J'en identifie ici quelques-uns, regroupés à l'échelle nationale et internationale :

- Au plan national :
 - faire accepter l'idée que le PNF est désormais l'une des institutions qui participent à la pérennité de la démocratie représentative et doit, à ce titre, être perçue comme le gage d'un fonctionnement démocratique apaisé ;
 - conforter l'idée qu'au cœur de sa compétence se trouve la protection des institutions publiques et de l'ordre public économique, ce qui commande de concevoir et d'articuler une politique pénale vigoureuse et exigeante dans chacun de ses trois domaines de compétence que sont les atteintes à la probité, aux finances publiques et au marché boursier ;
 - développer une politique pénale attentive aux territoires éloignés de la métropole, dont la dimension souvent insulaire est rarement propice à un exercice serein de l'action publique dans le champ pénal que je viens d'évoquer ;
 - inscrire dans la durée le recours aux nouveaux outils de politique pénale qui modifient en profondeur l'exercice de l'action publique et les rapports du PNF avec son environnement judiciaire. À ce titre, la convention judiciaire d'intérêt public (CJIP) va jouer un rôle déterminant, en particulier dans la lutte contre la corruption (notamment celle d'agents publics étrangers) et contre la fraude fiscale ;
 - prendre une part active à une nouvelle articulation des JIRS dans leur composante économique et financière ;
 - veiller à garantir des relations constantes et sincères avec l'administration fiscale, tant au moment de la dénonciation des faits et des poursuites, que de la détermination des sanctions pécuniaires ;

- pérenniser la qualité de nos relations avec les Autorités indépendantes (AMF, HATVP, AFA,...) et les enquêteurs spécialisés, de la police comme de la gendarmerie ;
 - maintenir une disponibilité forte lors des consultations institutionnelles (Parlement, Cour des comptes,...) ;
 - anticiper une crise de croissance : avec 575 dossiers en cours aujourd’hui, la charge de travail des 15 magistrats actuellement en poste à mes côtés est de presque 40 dossiers par magistrat et pour notre greffe. Je rappelle que, dans l’étude d’impact de la loi créant le PNF, l’effectif avait été préconisé à 22 magistrats et le ratio moyen d’affaires à 8 par magistrat.
- Au plan international :
 - assurer la pérennité de la place et de l’image forte du PNF dans le système institutionnel international afin de garantir un traitement judiciaire équilibré et performant des dossiers de corruption d’agents publics étrangers (CAPE) et qui soit adapté aux réalités de la compétition économique internationale ;
 - conforter sa place dans la coopération judiciaire avec le monde anglo-saxon, mais aussi avec les pays dits « émergents » ;
 - mettre en place l’articulation avec le Parquet européen (démarrage novembre 2020), dont l’ancrage national résultera de la nomination de procureurs européens délégués, qui pourraient trouver tout naturellement leur siège opérationnel au sein-même du PNF.

Les enjeux sont ambitieux, assurément, mais ma détermination à engager le PNF dans cette voie est forte, assurément aussi. Et lorsque la tâche menacera d’être particulièrement ardue, nous puiserons, ensemble avec les membres de l’équipe, dans la sagesse de Virgile en nous souvenant de cette maxime tirée du Chant I des Géorgiques : « Labor omnia vincit improbus » / un travail opiniâtre est toujours venu à bout de toute difficulté. Telle était au demeurant la devise que nous avons choisie avec le Premier Président Seither dans notre action à la tête de la Cour d’appel de Reims [*n’est-ce pas, mon cher Jean ?*].

Madame la Ministre, Mesdames et Messieurs,

Vous l’avez compris, la dimension nationale de ce parquet ne doit jamais occulter l’insertion de notre ministère public dans l’espace judiciaire européen.

Et je ne peux que me réjouir, à cet instant, d'être accompagné dans cette audience solennelle par d'éminents juristes européens qui ont bien voulu, eux aussi, nous rejoindre ce soir à Paris :

- Mme Angelika Schlunck, directrice du cabinet du Président de la République d'Allemagne et doyenne des magistrats de liaison allemands en France ;
- M. Peter Frank, procureur général fédéral près la Cour fédérale de justice de Karlsruhe, premier magistrat du parquet allemand [*Ihnen beiden gilt mein ganz herzlicher Dank für Ihre weite und besonders anspruchsvolle Anreise*] ;
- Mme Lisa Osofski, directrice du Serious Fraud Office, l'homologue britannique du PNF [*dear Lisa, be welcome, I thank you very much indeed for having dared to come to us in Paris today !*];
- Me Karin Piri-Gresser, notaire estonienne – nos parcours s'étaient déjà croisés au SAEI [*Tere, Karin, ja teretulemast !*].

Le PNF est pleinement inséré dans le paysage judiciaire européen, fondé par le Conseil européen de Tampere en 1999. Les instruments de la coopération judiciaire ont, dans son sillage, connu un essor sans précédent dans l'histoire de la justice.

Pourrait-on aujourd'hui concevoir de conduire des enquêtes pénales transnationales sans l'aide décisive des 18 magistrats de liaison français déployés à travers le monde, sans la capacité opérationnelle de coordination d'EUROJUST, ou encore sans le soutien quotidien des magistrats membres du Réseau Judiciaire Européen ?

Pour autant, Mesdames et Messieurs, ce contexte européen ne doit pas éclipser les contingences et obligations qui s'imposent au parquet.

En effet, si les objectifs définis à l'instant appellent souvent une rationalisation des actes de procédures et la recherche de résultats quantifiables, ils ne doivent en aucun cas masquer ou étouffer les devoirs de vigilance et d'humanité consubstantiels au métier de magistrat.

Face aux risques inhérents à la recherche de l'efficacité et de l'effectivité de la réponse pénale, il nous appartient, à nous magistrats du parquet, de toujours savoir intercaler le temps de la réflexion, même –et surtout – dans l'urgence. Et cette réflexion sur le sens de notre action doit s'accompagner de son alter ego, qui est la capacité à remettre en cause les certitudes, car elles peuvent parfois, insidieusement, conduire à l'erreur. Souvenons-nous toujours de la leçon que Pierre Corneille place dans la bouche de Don Fernand dans le « Cid »

: « Le trop de confiance attire le danger ».

Rappelons-nous en toute circonstance que face à l'homme qui comparaît en justice, notre éthique professionnelle de magistrat du parquet doit être portée à son plus haut niveau d'exigence, tant notre rôle de représentant de la société dans l'enceinte judiciaire et la force qui l'accompagne constituent l'expression d'un pouvoir qui se doit d'être exercé dans la plus grande sérénité.

C'est à ce prix que nous réaliserons l'exhortation d'André Malraux, qui nous invite, jour après jour, à « transformer le droit en justice ».

Deutsch-Französischer Preis der Kultur- und Kreativwirtschaft an Dr. Florian Drücke

Unser Mitglied, Herr Dr. Florian Drücke, wurde am 7. Februar 2020 mit dem Deutsch-Französischen Preis der Kultur- und Kreativwirtschaft geehrt. Der Preis ist eine Initiative der Deutsch-Französischen Industrie- und Handelskammer unter der Schirmherrschaft des deutschen und französischen Wirtschaftsministers. Er soll die Zusammenarbeit zwischen deutschen und französischen Unternehmen fördern und zeichnet Personen, Unternehmen und Institutionen aus, die sich durch ein deutsch-französisches Engagement in der Medien- und Kulturwirtschaft hervorgetan haben.

Herr Dr. Drücke wurde ausdrücklich für sein aktives Eintreten für die europäische Urheberrechtsrichtlinie ausgezeichnet, welche von wesentlicher Bedeutung für Erhalt und Stärkung des europäischen Kulturwirtschaftssektors ist. Auch seine Tätigkeit als Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes Musikindustrie und als Co-Präsident des Deutsch-Französischen Kulturrates, in dem er sich seit vielen Jahren für den deutsch-französischen Kultur- und Kreativsektor engagiert, wurden in diesem Zusammenhang besonders hervorgehoben.

Dr. Florian Drücke studierte Rechtswissenschaften in Berlin und Toulon und schloss sein Studium in Frankreich mit der *Maîtrise* ab. Im Januar 2006 kam er als Justiziar zum Bundesverband Musikindustrie e. V. (BVMI) und übernahm dort 2008 als Leiter Recht & Politik die Verantwortung für die Rechtsabteilung und das politische Lobbying. Seit November 2010 ist er Geschäftsführer; im November 2017 wurde er darüber hinaus zum Vorstandsvorsitzenden des BVMI gewählt und vertritt den Verband seitdem auch auf internationaler Ebene im Main-

board des globalen Dachverbandes IFPI sowie als Gesellschaftervertreter und Mitglied des Aufsichtsgremiums der Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten (GVL).

Der BVMI vertritt die Interessen von rund 200 Tonträgerherstellern und Musikunternehmen, die mehr als 80 Prozent des deutschen Musikmarkts repräsentieren. Der Verband setzt sich für die Anliegen der Musikindustrie in der deutschen und europäischen Politik ein und dient der Öffentlichkeit als zentraler Ansprechpartner zur Musikbranche.

Herrn Dr. Drücke gratulieren wir ganz herzlich zu der Preisehrung.

Sind Sie oder Ihre Kollegen, die ebenso Mitglieder der DFJ bzw. der AJFA sind, für Ihr juristisches Wirken, sei es auf beruflicher oder auf akademischer Ebene, ausgezeichnet worden, so würde sich die Redaktion der Actualités sehr darüber freuen, Nachricht davon zu bekommen. Senden Sie einfach eine E-Mail an die Redaktion (siehe Impressum).

■ Praxiswissen

Deutschland Frankreich: gegenwärtige Herausforderungen an die Verfassungsgerichte

Kolloquium der *Commission ouverte internationale franco-allemande du Barreau de Paris* zusammen mit dem DAV Frankreich und der AJFA am 5. Februar 2020

Vorwort von Dr. Jürgen Jekewitz, Bonn/Dorweiler



Am 5. Februar 2020 hat ein Gedankenaustausch zwischen dem Präsidenten des deutschen Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Dres. h.c. Andreas Voßkuhle, und dem Präsidenten des französischen *Conseil Constitutionnel*, Laurent Fabius, stattgefunden, der im Wesentlichen dem Vorstandsmitglied der AJFA, Herrn Karl H. Beltz, zu verdanken ist. Da beide Vortragenden sich seit langem vertraut sind, hätte es einer Moderation eigentlich gar nicht bedurft, wie sie Aurore Gaillet von der Universität Toulouse, sachkundig sowohl im deutschen wie im französischen Verfassungs- und dort Verfassungsprozessrecht, lebendig und punktgenau für die Debatte einbrachte.

Beide Vortragenden stellten heraus, dass es sich bei den von ihnen vertretenen Institutionen um Teil des nationalen Verfassungsgefüges handelt, deren Aufgaben entsprechend von der Verfassung vorgegeben und begrenzt sind, weshalb es immer eines Antrags eines dazu Berechtigten bzw. in seinen Verfassungsrechten Verletzten für ein Tätigwerden des jeweiligen Gerichts bedarf, über den von Rechts wegen zu entscheiden ist, und das Gericht nicht etwa wie der amerikanische Supreme Court sein Tätigwerden wegen des politischen Charakters einer Frage ablehnen kann. In der abschließenden Diskussion mit Zuhörern aus dem bis zum letzten Platz besetzten Saal

wurde das am Beispiel etwa der Pariser Klimabeschlüsse noch einmal vertieft: Ihr Nichtbefolgen ist kein Verstoß gegen verfassungsrechtliche Vorgaben und deshalb - und nicht, weil es sich um eine politische Frage handelt - nicht verfassungsgerichtlich justiziabel!

Bericht von Thierry Hiblot, Paris



Ce débat qui s'est tenu le 5 février 2020 entre Monsieur Laurent Fabius président du Conseil Constitutionnel français et Monsieur Andreas Voßkuhle président de la Cour Constitutionnelle allemande, à la maison du Barreau à Paris, a révélé une parfaite entente entre ces deux suprêmes juridictions, gardiennes de nos valeurs fondamentales. Sous la direction du professeur Aurore Gaillet, professeur de droit public à l'université de Toulouse, il est apparu que les différences de fonctionnement de ces deux institutions, n'empêchaient pas une réflexion commune et même une concertation étroite dans la réflexion sur les problèmes qui occupent également les sociétés française et allemande.

Maître Christian Roth, avocat et président de la commission franco-allemande du Barreau de Paris créée il y a quelques 18 ans à l'instigation du Bâtonnier Vatier, s'est réjoui de cette même prise de conscience française et allemande, de l'importance du droit pour assurer le respect des principes républicains et la construction européenne.

La présence de ces deux « lions » de la constitutionnalité, de Monsieur Jean-François Bohnert, procureur de la République financier, chef du parquet national financier et président de l'association des juristes français et allemands créée en 1953, ainsi que de nombreuses autres personnalités comme le ministre plénipotentiaire de l'Ambassade d'Allemagne à Paris, Monsieur Pascal Hector et son consul, Monsieur Martin Schmidt, en était une parfaite illustration.

Devant une assemblée nombreuse, Me Karl H. Beltz avocat et Rechtsanwalt, vice-président de la commission franco-allemande du Barreau de Paris, a présenté les travaux de la commission franco-allemande, la diversité et le dynamisme de ses activités et notamment la remise bisannuelle du prix des Avocats allemands.

Plus politique que la Cour Constitutionnelle allemande, le Conseil Constitutionnel français a évolué vers une plus grande approche juridictionnelle et une extension du « bloc de constitutionnalité » dans lequel la protection de l'environnement a été récemment intégrée.

Madame le Professeur Gaillet a rappelé que, lors de sa création avec la constitution de 1958, le Conseil Constitutionnel français n'avait pas été conçu comme une nouvelle juridiction. Alors « *chien de garde de*

l'exécutif » selon l'expression de Monsieur Fabius, ce Conseil a su s'imposer comme une juridiction, dont les décisions sont respectées ce qui lui permet de jouer un rôle de « pacificateur » et même d'« intégrateur ».

Ce champ d'extension de ses compétences a pu amener le Bâtonnier Cousi à suggérer que le Conseil Constitutionnel français étende son pouvoir de contrôle sur le respect du principe d'indépendance de l'avocat et de la confidentialité des échanges entre avocats.

La création de la Cour Constitutionnelle allemande en 1951 a permis à l'Allemagne de renouer avec les traditions anciennes de respect des droits fondamentaux, la justice et l'État de droit, après le traumatisme de la dictature nazie. Le souci de l'indépendance de la Cour Constitutionnelle allemande et des juges a été renforcé par la loi fondamentale de 1949.

La Cour Constitutionnelle allemande est composée de deux chambres « Senate » et comprend 16 juges, alors que le Conseil Constitutionnel français comprend 9 membres auxquels s'ajoutent les membres de droit que sont potentiellement les anciens présidents de la république.

Dans cette conception des juridictions suprêmes, les deux présidents avaient tendance également à se rejoindre. La situation idéale serait sans doute, selon M. Voßkuhle, qu'il n'y ait pas que des juges ou que des professeurs de droit ou que des politiques mais sans doute un mélange des trois. Ce qui importe, selon Monsieur Fabius, c'est qu'ils soient indépendants en donnant au passage cette intéressante définition de l'indépendance : « *est indépendant celui qui n'a rien à redouter et rien à espérer* » ... et qu'ils travaillent ! En rappelant qu'aujourd'hui ce sont quelques 100 décisions qui sont rendues par an par le Conseil Constitutionnel français.

« Si vous avez espéré que nous allions nous opposer dans ce débat, vous allez être déçus » avait prévenu Monsieur Fabius et, en effet, il est apparu que dans leurs compétences, bien que venant d'horizons différents, les deux juridictions s'étaient rapprochées notamment dans la possibilité du recours individuel en protection des droits fondamentaux, même s'il reste encore des particularités telles que les recours entre organes constitutionnels et surtout contre les arrêts des Cours fédérales suprêmes en Allemagne.

Il a pu être évoqué les préoccupations actuelles des deux juridictions telles que la protection des données en Allemagne et les difficultés à résoudre les collisions entre normes telles que la liberté d'opinion et la sauvegarde de l'ordre public qui a pris une importance accrue avec le développement des nouvelles technologies.

La préoccupation particulièrement aiguë en Allemagne sur la protection des données amène la juridiction allemande à ne pas limiter son contrôle sur des atteintes éventuelles par l'État, alors qu'en période de terrorisme la sécurité publique est en jeu, mais également sur les comportements de grosses entreprises notamment qui peuvent porter atteinte aux droits des consommateurs.

En France et en Allemagne le principe supérieur reste celui de la liberté d'opinion. L'efficacité des décisions rendues par ces deux juridictions dépend également de la prise en compte de leur perception à l'étranger et les concertations régulières entre la France et l'Allemagne notamment amènent à réfléchir également sur un plan supranational en recherchant les solutions rendues par les autres États, et les effets des décisions nationales à l'étranger. Il en est ainsi par exemple lorsque la France interdit la fabrication, le transport et la commercialisation de substances nuisibles y compris à l'étranger contre le principe de la liberté d'entreprendre alors que, pourtant, s'agissant des États étrangers, cela n'empêche pas les concurrents d'y commercialiser leurs produits, au mépris de ces préoccupations.

On retrouve chez les deux juridictions cette recherche des « disproportions manifestes » entre plusieurs impératifs, recherche rendue très difficile par l'évolution des technologies lorsque, par exemple, il faut se demander si l'utilisation d'algorithmes permet de rendre compréhensible le caractère objectif des critères de sélection.

En citant plusieurs exemples, le président Voßkuhle soulevait des questions très intéressantes sur les notions de libertés constitutionnelles et de libertés politiques et l'objectif de paix sociale et s'interrogeait sur l'opportunité d'une réflexion au plan européen.



Ausschnitte aus der Veranstaltung und Interviews mit den Referenten finden Sie auf der Homepage des Conseil constitutionnel www.conseil-constitutionnel.fr unter „voir toutes vidéos“.

Thierry Hiblot est Avocat au Barreau de Paris, spécialisé en droit des transports et Secrétaire Général de l'AJFA

Hilfeleistungen für die Anwaltschaft in Zeiten der Coronakrise

von Dr. Fabienne Kutscher-Puis, Düsseldorf

Die COVID-19-Pandemie hat unser Leben in kürzester Zeit umgekrempelt. Die Gastronomie und der Einzelhandel sind zweifelsohne am

schwersten betroffen, da die ihnen auferlegten Beschränkungen einem Tätigkeitsverbot gleichkommen. Von den Rechtsanwälten, die in der Theorie ihre Leistungen dank der modernen Telekommunikationsmittel nahezu unverändert erbringen können, wird erwartet, dass sie ihrer Tätigkeit ohne Unterbrechung nachgehen und für ihre Mandanten stets erreichbar sind. Es wäre aber naiv zu glauben, dass sie von der Coronakrise verschont bleiben. Erfahren sie nun die heute mehr denn je benötigte Hilfeleistung ihrer berufsständischen Vertretungen?

Der Barreau de Paris ganz vorn mit der Informationsversorgung¹

Am 11. März 2020 erklärte die WHO die bisherige COVID-19-Epidemie offiziell zur Pandemie. Am 12. März hielt der französische Präsident Emmanuel Macron eine Rede zur Lage der Nation. Er kündigte eine allgemeine Schulschließung ab dem 16. März an und bat die über Siebzigjährigen, ihr häusliches Umfeld nicht zu verlassen, sowie die Unternehmen, soweit wie möglich für Arbeitsplätze im Homeoffice zu sorgen. In der Folge wurde landesweit der *confinement*, die französische Ausgangssperre, angeordnet. Am 12. März um 18:00 Uhr informierte der *Ordre des Avocats au Barreau de Paris* seine Mitglieder über die Einrichtung eines *comité spécial Covid-19*. Es folgten sodann täglich, sogar mehrfach am Tage, Mitteilungen des *Barreau de Paris* über die rechtlichen Auswirkungen der Pandemie auf die Berufsausübung, über die in den Justizbehörden getroffenen Maßnahmen oder über die den Anwälten in Schwierigkeiten angebotenen Hilfen. Diese Mitteilungen sind unter <http://www.avocatparis.org/covid-19-communiqués> zusammengefasst. Darüber hinaus wurde ein stets aktualisiertes FAQ unter [http://dl.avocatparis.org/com/site/Vademecum COVID19 avocats.pdf](http://dl.avocatparis.org/com/site/Vademecum_COVID19_avocats.pdf) online gestellt und eine spezielle E-Mail Adresse für weitere Fragen freigeschaltet (comitecovid19@avocatparis.org). Diese Reaktivität der größten französischen Anwaltskammer verdient unseren Respekt.

Auch der *Conseil National des Barreaux (CNB)* stellt den Anwälten eine umfassende Informationen zur Verfügung: <https://www.cnb.avocat.fr/fr/point-dinformation-covid-19>.

Informationen der BRAK und der örtlichen Rechtsanwaltskammern

Selbstverständlich sind die deutschen berufsständischen Anwaltsvertretungen in dieser Zeit keineswegs untätig gewesen und haben sich auch der Herausforderung durch die COVID-19-Pandemie gestellt, um ihre Mitglieder über die neue Situation zu informieren. Dabei ragt besonders die RAK München heraus, die ein umfassendes, stets auf den neuesten Stand gebrachtes FAQ online gestellt hat,

¹ Über die, sicherlich auch sehr aktive Informationspolitik der anderen französischen Barreaux kann die Verfasserin nicht aus eigener Erfahrung berichten.

worauf andere Kammern gerne verweisen: https://www.rak-muenchen.de/fileadmin/downloads/04_RAKMuenchen/Aktuelles_zum_Coronavirus/FAQs_Coronavirus_COVID-19.pdf. Über Newsletter informieren die allermeisten Rechtsanwaltskammern ihre Mitglieder über die auf örtlicher Ebene getroffenen Maßnahmen.

Dabei lässt sich leider der Eindruck des auch in der Öffentlichkeit kritisierten Flickenteppichs nicht vermeiden. Denn die in den einzelnen Bundesländern unterschiedlichen Regelungen, beispielsweise zu den Ausgangsbeschränkungen bzw. zur Kontaktsperre, lassen sich schlecht unter einen Hut bringen. Dies ist jedoch der BRAK gelungen, die alle Verfügungen der Länder zugänglich macht, was sich in der Beratungspraxis sehr hilfreich erweist: <https://www.brak.de/die-brak/coronavirus/uebersicht-covid19vonder-laender/>. Auch hat die BRAK eine Vielzahl von Informationen, Unterlagen und hilfreichen Links auf ihre Homepage gestellt (<https://www.brak.de/die-brak/coronavirus>), welche jedoch nicht immer sehr übersichtlich aufgearbeitet sind.

Zu guter Letzt ist die beeindruckende Informationsarbeit des Deutschen Anwaltvereins zur Aufarbeitung der Coronakrise in allen Rechtsbereichen hervorzuheben: <https://anwaltsblatt.anwaltverein.de/de/anwaeltinnen-und-anwaelte/berufsrecht/coronakrise-in-der-anwaltskanzlei-dav-faq>. Auch hat der DAV ein digitales Austauschforum speziell für Rechtsanwälte unter der Adresse <https://corona.anwaltverein.de> eingerichtet, welches allen Rechtsanwälten ohne Rücksicht auf die Mitgliedschaft im Verein offensteht.

Die Redaktion der Actualités wünscht allen Mitgliedern, und besonders den selbstständigen Rechtsanwälten, dass sie die Krise gut überstehen.

Überblick über die Reformen im französischen Zivilprozess

von Dr. Martin Zwickel, Erlangen

Die grundlegende Reform der französischen Justiz durch zwei Gesetze vom 23. März 2019¹, größtenteils mit Wirkung zum 1. Januar 2020, wurde in den Actualités 3/2019 bereits in den Grundzügen vorgestellt.

¹ Loi n° 2019-222 du 23 mars 2019 de programmation 2018-2022 et de réforme pour la justice, JORF n°0071 du 24 mars 2019 und Loi organique n° 2019-221 du 23 mars 2019 relative au renforcement de l'organisation des juridictions, JORF n°0071 du 24 mars 2019.

Das Décret n° 2019-1333² hat darüber hinaus zu Änderungen des französischen Zivilprozesses geführt, die im Folgenden skizziert werden. Die entsprechende Rechtsverordnung³ wurde erst am 11. Dezember 2019,⁴ d.h. sehr kurz vor Inkrafttreten der Änderungen ab 1. Januar 2020, bekanntgegeben. Entsprechend groß war der Unmut der betroffenen Akteure, allen voran der Rechtsanwälte.⁵ Das Inkrafttreten einzelner Teile des Reformvorhabens musste sogar auf den 1. September 2020 verschoben werden.⁶

Neuerungen finden sich im Bereich der Verfahrenseinleitung, der Verfahrensdurchführung und des Verfahrensabschlusses.

Von den Änderungen ist besonders stark die Phase der Verfahrenseinleitung betroffen.

Die einvernehmliche Streitbeilegung, die in Frankreich vor allem auf dem Engagement ehrenamtlicher Schlichter (*conciliateurs de justice*) beruht, wird im Rahmen der großen Justizreform nochmals deutlich ausgebaut.

Insbesondere wird der Anwendungsbereich der schon 2016 für Verfahren bis 4.000 € vorgesehenen obligatorischen Schlichtung vor Verfahrensbeginn⁷ noch weiter ausgedehnt. Ein Versuch der einvernehmlichen Streitbeilegung im Wege der Mediation (*médiation*), der außergerichtlichen Schlichtung (*conciliation*) oder der *procédure participative*⁸ ist ab 1. Januar 2020 für Streitigkeiten mit Streitwerten bis 5.000 € und Nachbarschaftsstreitigkeiten zwingend erforderlich. Anders als in den Vorschriften aus dem Jahr 2016⁹ beschränkt sich der Versuch einer einvernehmlichen Streitbeilegung nicht mehr auf einen bestimmten Modus der Verfahrenseinleitung (*déclaration au greffe*), sondern betrifft alle Verfahren (auch den Anwaltsprozess). Zudem bezieht die Neuregelung viele Arten der außergerichtlichen einvernehmlichen Streitbeilegung mit ein und beschränkt sich nicht mehr auf die sog. *conciliation*. Die Nichteinhaltung dieser Vorschrift führt zur Unzulässigkeit der Klage, die der Richter von Amts wegen auszusprechen hat (Art. 750-1 *Code de procédure civile*). Befreit sind von der obligatorischen einvernehmlichen Streitbeilegung Parteien, die nur die Vollstreckbarerklärung eines Vergleichs

I. Änderungen im Bereich der Verfahrenseinleitung

1) Ausbau der obligatorischen einvernehmlichen Streitbeilegung vor Verfahrensbeginn

² Décret n° 2019-1333 du 11 décembre 2019, JORF 12 décembre 2019.

³ In Frankreich ist für die Regelung großer Teile des Zivilprozessrechts die Regierung im Ordnungswege (*décret*) zuständig.

⁴ Décret n° 2019-1333 du 11 décembre 2019, JORF 12 décembre 2019.

⁵ <https://www.cnb.avocat.fr/fr/actualites/loi-de-programmation-de-la-justice-2018-2022-les-actions-du-cnb> (Stand: 31.01.2020).

⁶ *Garnerie*, Gaz. Pal. 2019, n° 42, S. 7.

⁷ Sh. hierzu *Zwikel*, ZEuP 2/2018, 416 ff.

⁸ S. unten B. II. 2.) b).

⁹ *Zwikel*, ZEuP 2/2018, 416 ff.

(*homologation*) beantragen. Nicht der Pflicht zur einvernehmlichen Streitbeilegung unterliegen auch Rechtssachen, in denen ein Vorverfahren stattfinden muss oder in denen der Richter bzw. die Verwaltungsbehörde selbst einen in Spezialvorschriften geregelten Schlichtungsversuch unternehmen müssen. Wirklich praxisrelevant dürfte der Ausschlussgrund des „*motif légitime*“ werden. Als Fälle eines solchen berechtigten Interesses am Unterbleiben eines vorgegerichtlichen Versuchs der einvernehmlichen Streitbeilegung benennt Art. 750-1 *Code de procédure civile* die Eilbedürftigkeit, besondere Umstände des Falles oder aber auch die fehlende Verfügbarkeit ehrenamtlicher Schlichter (*conciliateurs de justice*) im jeweiligen Gerichtsbezirk, wenn diese zu einer offensichtlichen, längeren Wartezeit auf die erste Schlichtungssitzung führen würde (*indisponibilité de conciliateurs de justice entraînant l'organisation de la première réunion de conciliation dans un délai manifestement excessif au regard de la nature et des enjeux du litige*). Gerade die letztgenannte Ausnahmenvorschrift stimmt bedenklich, besteht doch die Gefahr, dass die einvernehmliche Streitbeilegung im Vorfeld eines gerichtlichen Verfahrens weitgehend leerläuft. Mit 2340 ehrenamtlichen Schlichtern im Jahr 2018¹⁰ wird es nämlich nicht möglich sein, auch nur einen Bruchteil der betroffenen Verfahren mit dem kostenfreien Schlichtungsangebot abzudecken.¹¹ Gleichwohl wird in der französischen Literatur gemutmaßt, der Gesetzgeber wolle möglicherweise die obligatorische einvernehmliche Streitbeilegung mittelfristig auf alle zivilrechtlichen Verfahren erstrecken.¹²

2) Ausweitung des Anwaltszwanges

Bestandteil der Reform ist auch die Ausweitung des Anwaltszwangs. Die französische Regierung geht davon aus, dass die Betreuung der Rechtssache durch einen Rechtsanwalt den Zugang zu Gericht maßgeblich vereinfacht. So wird für das *tribunal judiciaire* der Grundsatz etabliert, dass sich die Parteien immer von einem zugelassenen Rechtsanwalt vertreten lassen müssen (Art. 760 *Code de procédure civile*). Erst im Wege der Ausnahme von diesem Grundsatz sind dann bestimmte Rechtsstreitigkeiten (z.B. Rechtsstreitigkeiten unterhalb eines Streitwerts von 10.000 € und im Zuständigkeitsbereich des *juge des contentieux de la protection*) vom Anwaltszwang ausgenommen.

3) Änderung der Modi der Verfahrenseinleitung

Die Möglichkeit der Gerichtsanhörung, für die das bisherige französische Zivilprozessrecht mehrere Modi der Klageeinreichung vorsah, wird deutlich vereinfacht. Statt vier Arten der Klageeinreichung

¹⁰ *Ministère de la Justice*, Les chiffres-clés de la Justice 2019, Paris 2019, S. 35.

¹¹ S. hierzu bereits *Zwickel*, ZEuP 2/2018, 416 (424).

¹² *Amrani-Mekki*, JCP éd. G., 20 janvier 2020, n° 3, S. 75.

kennt das künftige französische Prozessrecht nur noch die *assignation avec prise de date* (Klageschrift) sowie die *requête* (Klageantrag).

Besonders intensiv wird in Frankreich momentan über die neuen Arten der Klageeinreichung diskutiert. Beim neuen *tribunal judiciaire* gibt es nur noch die sog. *assignation avec prise de date* und die *requête*. Bei der letztgenannten Klageeinreichungsmöglichkeit (*requête*) handelt es sich um ein ähnliches Instrument wie die deutsche Klageschrift. Diese Möglichkeit ist nur für Streitigkeiten mit Streitwerten bis 5.000 € zulässig. Die Klage wird dabei durch Schriftsatz an das Gericht erhoben, das auch die Information der gegnerischen Verfahrenspartei übernimmt. Im Unterschied zur *assignation*, die auch Rechtsausführungen zur Begründung des Vorbringens enthalten muss, gelten für den Inhalt der *requête* abgeschwächte Anforderungen an den Inhalt.

Zum Standardverfahren soll künftig die *assignation avec prise de date* werden. Hierbei handelt es sich nach Art. 55 *Code de procédure civile* um einen Schriftsatz, durch den der Kläger seinen Gegner vor ein Gericht lädt. In einem ersten Schritt kann in diesem Verfahren die Klagepartei den Termin für eine erste Verhandlung (über einen Anwalt oder einen Gerichtsvollzieher) elektronisch vom Gericht erhalten und diesen der gegnerischen Partei mitteilen. Die eigentliche Klageschrift wird dann innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Monaten nach der Anforderung eines Verhandlungsdatums eingereicht. Wegen Umsetzungsschwierigkeiten sind die Bestimmungen zu diesem neuen Modus der Verfahrenseinleitung aber noch nicht zum 1. Januar 2020 in Kraft getreten.¹³ Vielmehr soll diese Art der Verfahrenseinleitung erst ab Anfang September 2020 zur Verfügung stehen. So sehr die Konsolidierung der Möglichkeiten der Verfahrenseinleitung auch zu begrüßen ist, ist aus dem Blickwinkel einer bürgernahen Justiz sehr zu bedauern, dass die mündliche Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle (*déclaration au greffe*) im französischen Zivilprozessrecht ersatzlos abgeschafft wurde. Gerade diese einfache Möglichkeit der Klageeinreichung eröffnete für viele Bürgerinnen und Bürger einen sehr niederschweligen Zugang zu Gericht. Im Bereich der Streitwerte zwischen 5.001 € und 10.000 € besteht zwar kein Anwaltszwang. Die Parteien sind, wegen der Bindung an die *assignation*, aber auf die kostenpflichtige Mitwirkung eines Rechtsanwalts oder Gerichtsvollziehers, der ein Verhandlungsdatum abrufen und die *assignation* erstellt, angewiesen.¹⁴

¹³ *Garnerie*, *Gaz. Pal.* 2019, n° 42, S. 7.

¹⁴ *Amrani-Mekki*, *JCP éd. G.*, 20 janvier 2020, n° 3, S. 75.

4) Anpassung der Inhalte der verfahrenseinleitenden Dokumente

Zeitgleich mit der Modifikation der Möglichkeiten der Verfahrenseinleitung hat der französische Gesetzgeber die Anforderungen an die Inhalte der verfahrenseinleitenden Dokumente angepasst und in den Art. 54 ff. *Code de procédure civile* ein einheitliches Regime für Schriftsatzinhalte geschaffen. Bei Fehlen der in Art. 54 *Code de procédure civile* erwähnten Inhalte ist die Klageeinreichung unwirksam (*nullité*). In allen Fällen sind Angaben zum Gericht, zum Streitgegenstand, zum Kläger und, soweit ein vorheriger Versuch der einvernehmlichen Streitbeilegung vorgesehen ist, zu diesbezüglichen Bemühungen erforderlich. Soweit die Klage auf elektronischem Wege eingereicht wird, sind zusätzlich Angaben zur E-Mail-Adresse und Mobilrufnummer des Klägers (nur bei dessen Einverständnis) oder dessen Anwalts zu machen. Die Vorschrift hatte Anlass zu einer Eilentscheidung des *Conseil d'État* gegeben, der die Vorschrift so verstanden wissen will, dass sie nur unmittelbar auf elektronischem Wege gestellte Anträge betrifft, nicht aber nur elektronisch übermittelte Klageschriften.¹⁵

In der *assignation* sind zusätzlich Angaben zu Ort, Tag und Uhrzeit der Verhandlung zu machen. Auch ist eine rechtliche und tatsächliche Begründung des Klageanspruchs zwingend erforderlich. Beizufügen ist eine Übersicht über die Beweismittel (Art. 56 *Code de procédure civile*).

Für die *requête*, die auch einvernehmlich von den Parteien bei Gericht eingereicht werden kann (*requête conjointe*), sieht Art. 57 *Code de procédure civile* weniger strenge Anforderungen vor. Zwingend vorgeschrieben sind Angaben zur gegnerischen Partei sowie die Beweismittel, auf die der Anspruch gestützt wird.

Auf Basis dieser Vorschriften hat die Anwaltspraxis bereits Muster für eine Strukturierung der Schriftsätze nach neuem Recht entwickelt.¹⁶

II. Änderungen im Bereich der Verfahrensdurchführung

Im Bereich der Verfahrensdurchführung nimmt die Reform v.a. eine Neuabstimmung zwischen schriftlichen und mündlichen Verfahrenselementen vor und präzisiert etliche Vorschriften im Bereich des Beweiserhebungsverfahrens (*mise en état*).

¹⁵ <https://www.village-justice.com/articles/focus-decret-application-del-ordonnance-rendue-decembre-2019-par-conseil-etat,33364.html> (Stand: 04.02.2020).

¹⁶ <https://www.cnb.avocat.fr/fr/actualites/modeles-dactes-devant-le-tribunal-judiciaire-et-le-tribunal-de-commerce> (Stand: 31.01.2020).

1) Unterscheidung zwischen schriftlichem und mündlichem Verfahren

Sehr stark ausgebaut hat der französische Gesetzgeber mit der großen französischen Justizreform außerdem die Bedeutung der Schriftlichkeit für das französische Prozessrecht, das bis dato von einem streng gelebten Grundsatz der Mündlichkeit des Verfahrens gekennzeichnet war. Ab dem 1. Januar 2020 gibt es, auf übereinstimmenden Antrag der Parteien, bei allen *tribunaux judiciaires* die Möglichkeit, das Verfahren rein elektronisch und ohne mündliche Verhandlung zu führen (Art. L. 212-5-1 *Code de l'organisation judiciaire*). Standardmäßig findet künftig vor dem *tribunal judiciaire* ohnehin ein schriftlich vorbereitetes Verfahren (*procédure ordinaire écrite*) Anwendung (Art. 775 ff. *Code de procédure civile*). Ausgenommen hiervon ist aber der Streitwertbereich des bisherigen *tribunal d'instance* (Streitwerte bis 10.000 €). Für diesen Streitwertbereich findet ein eher mündlich ausgerichtetes Verfahren (*procédure ordinaire orale*) statt (Art. 817 ff. *Code de procédure civile*). Das schriftliche Verfahren orientiert sich am bisherigen Verfahrensablauf vor dem *tribunal de grande instance*, das mündliche Verfahren am für das *tribunal d'instance* gültigen Verfahren.

2) Ausbau der *mise en état*

Im Bereich der Beweisaufnahme stellt die Reform zunächst den Ablauf der *mise en état* und die Befugnisse des für diesen Verfahrensabschnitt zuständigen Richters klar. Deutlich ausgebaut wird die Rolle der einvernehmlichen Streitbeilegung auch im Beweisaufnahmeverfahren.

a) Möglichkeiten der Beweisaufnahme (*mise en état*) und Bedeutung des Erörterungstermins

Das *Décret n° 2019-1333* vom 11. Dezember 2019 führt zu einer Klärstellung des Verfahrens der Beweisaufnahme. Teils werden hierdurch nur altbekannte Praktiken kodifiziert, teils aber sind echte Neuerungen enthalten. Besonders zu erwähnen ist die Einführung eines sog. „Orientierungstermins“ (*audience d'orientation*) im schriftlich vorbereiteten Verfahren.¹⁷ In diesem Verfahrensteil prüft der Richter, welche weiteren Verfahrensschritte erforderlich sind und fragt insbesondere bei den Parteien ab, ob nicht doch eine *convention participative* für die Beweisaufnahme in Betracht kommt (s. hierzu sogleich). Dieser Verfahrensabschnitt erinnert an die deutschen Diskussionen über die Sinnhaftigkeit eines frühen Erörterungstermins im Zivilprozess.¹⁸

Im Orientierungstermin bieten sich dem Vorsitzenden der angerufenen Kammer des *tribunal judiciaire* insgesamt fünf Möglichkeiten für das weitere Vorgehen:¹⁹

¹⁷ Art. 776 ff. *Code de procédure civile*.

¹⁸ Greger, NJW 2014, 2554.

¹⁹ Métais/Valette, Gaz. Pal. 2020, n° 4, S. 78.

- Zeigen die Parteien dem Richter an, dass sie eine sog. *convention participative* im Hinblick auf die Beweisaufnahme geschlossen haben, wird das Verfahren in der Regel zunächst ausgesetzt, bis die Parteien das Ende der einvernehmlichen Beweisaufnahmephase beantragen (Art. 1546-1 *Code de procédure civile*). Alternativ können die Parteien bereits zu diesem frühen Zeitpunkt die Festsetzung eines Termins für das Ende der Beweisaufnahme sowie für die letzte mündliche Verhandlung beantragen (Art. 1546-1 *Code de procédure civile*).
- Der Richter kann die Rechtssache zudem unmittelbar in die *audience de plaidoirie* (letzte mündliche Verhandlung, in der die Anträge gestellt werden) verweisen, wenn er der Auffassung ist, dass die Sache inhaltlich entscheidungsreif ist oder wenn der Beklagte nicht erschienen ist (Art. 778 *Code de procédure civile*).
- Der Richter kann die Sache in eine weitere Verhandlung verweisen, wenn absehbar ist, dass ein Schriftsatztausch ausreichend ist. Auch in dieser zweiten Verhandlung kann von den Parteien noch eine *convention participative aux fins de la mise en état* vorgelegt werden (Art. 779 *Code de procédure civile*).
- Der Richter kann, in komplizierteren Fällen, *den juge de la mise en état* mit der Durchführung der Beweisaufnahme betrauen (Art. 779 al. 5 *Code de procédure civile*).
- Die Parteien können einvernehmlich die Durchführung eines schriftlichen Verfahrens beantragen (Art. L. 212-5-1 *Code de l'organisation judiciaire*). In diesem Fall wird der Kammervorsitzende eine Schriftsatzfrist setzen.

b) Einvernehmliche Beweisaufnahme

Mehr und mehr wird die sog. *convention participative* als Instrument zur einvernehmlichen Regelung einzelner Verfahrensschritte genutzt. Bei diesem Verfahren handelt es sich um ein an das amerikanische *collaborative law* angelehntes Verfahren der einvernehmlichen Streitbeilegung, in dem die Parteien durch ihre Rechtsanwälte unterstützt werden. Den Startpunkt eines solchen Verfahrens bildet immer ein entsprechender zivilrechtlicher Vertrag nach Art. 2062 bis 2067 *Code civil*. Nach Art. 1543 *Code de procédure civile* kann ein solches anwaltsunterstütztes Verhandlungsverfahren entweder vor dem streitigen Verfahren oder neuerdings auch innerhalb eines jeden Gerichtsverfahrens stattfinden. Auf diese Weise können die Parteien einvernehmlich Streitstoff abschichten, ehe das Gericht ins Spiel kommt und sich mit den verbleibenden Teilen des Streitgegenstands befasst (Art. 1546 *Code de procédure civile*).

Eine auch für das deutsche Recht interessante Neuerung im französischen Zivilprozessrecht ist die Möglichkeit, im Wege der *procédure participative* die Beweisaufnahme (*mise en état*) parteiseitig durch einen Prozessvertrag zu regeln und abzuschließen und danach dann das gerichtliche Verfahren weiter zu betreiben (Art. 1544-1 *Code de procédure civile*). Eben diese neue Möglichkeit baut der französische Gesetzgeber durch unterstützende Maßnahmen, wie etwa Klarstellung des Verfahrensfortgangs (Art. 1546-1 *Code de procédure civile*), Regelungen zur Verjährungsunterbrechung (Art. 392 *Code de procédure civile*) und Ausschluss der Geltendmachung bisheriger Verfahrensfehler durch Abschluss einer *convention participative* noch stärker aus.

c) Neue Stellung des *juge de la mise en état*

Der Hauptakteur des Beweisaufnahmeverfahrens, der *mise en état*, ist in Frankreich seit dem Jahr 1976 der sog. *juge de la mise en état*. Zur Verfahrensbeschleunigung weitete das *Décret n° 2019-1333* vom 11. Dezember 2019 die in Art. 780 ff. *Code de procédure civile* enthaltenen Befugnisse des *juge de la mise en état* aus.

Besonders deutlich zeigt sich dies am neuen Art. 789, 6° *Code de procédure civile*, der dem *juge de la mise en état*, für ab dem 1. Januar 2020 neu eingeleitete Verfahren, die Entscheidung über alle Fragen der Zuständigkeit überträgt. Nach bisherigem Recht hatte die Urteilsformation über inhaltliche Fragen und der *juge de la mise en état* nur über formale Fragen zu entscheiden. Diese Rechtslage wurde nun dahingehend geändert, dass der *juge de la mise en état* mit den sog. *fins de non-recevoir* nunmehr auch solche Zuständigkeitsfragen entscheiden kann, die inhaltliche Vorfragen beinhalten (z. B. Verjährung). In Fällen, in denen keine Einzelrichterzuständigkeit besteht, können die Parteien dem aber widersprechen und der *juge de la mise en état* hat an den zuständigen Spruchkörper zu verweisen.

3) Schaffung eines neuen beschleunigten Verfahrens

Bisher hatte sich das französische Recht in vielen Fällen des vorläufigen *référé*-Verfahrens (echtes Eilverfahren des vorläufigen Rechtsschutzes) bedient, um in besonders gelagerten Materien endgültige Entscheidungen in einem beschleunigten Verfahren zu treffen (*procédures en la forme des référés*). Diese beschleunigten Hauptsacheverfahren haben durch das *Décret n° 2019-1419* vom 20. Dezember 2019 mit Art. 481-1 *Code de procédure civile* nunmehr eine einheitliche Regelung erfahren.²⁰

Änderungen im Bereich des Verfahrensabschlusses

Im Bereich des Verfahrensabschlusses sieht das französische Recht nunmehr wie auch das deutsche Zivilprozessrecht (für ab dem 1. Ja-

²⁰ Sh. im Detail *Gramaize*, Gaz. Pal. 2020, n° 4, S. 11.

nuar 2020 eingeleitete Verfahren) die generelle vorläufige Vollstreckbarkeit vor (Art. 514-1 ff. *Code de procédure civile*). Das Regel-Ausnahme-Verhältnis wird im Vergleich zu den bisherigen Regelungen also umgekehrt. Anwältinnen und Anwälte werden künftig einer automatischen vorläufigen Vollstreckbarkeit entgegenarbeiten müssen, während sie bisher diese beantragen mussten.²¹

Fazit

Der französische Gesetzgeber nimmt erneut tiefgreifende Änderungen am bestehenden Zivilprozess vor. Etliche prozessuale Modifikationen, wie z.B. die Ausweitung des Anwaltszwangs und die Abschaffung der mündlichen Verfahrenseinleitung nähren die bisweilen geäußerte Befürchtung²², hinter der Reform stünden in Wahrheit Wirtschaftlichkeitsüberlegungen. Andere Änderungen hingegen, wie z.B. die Förderung der *convention participative*, der Orientierungstermin zu Verfahrensbeginn oder aber auch der Ausbau der außergerichtlichen einvernehmlichen Streitbeilegung könnten für das deutsche Recht interessante Denkanstöße für Justizreformen sein.



Dr. Martin Zwickel, Maître en droit, ist Leiter der Serviceeinheit „Lehre und Studienberatung“ an der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg.

Seine Tätigkeitsschwerpunkte sind das Zivilprozessrecht, das Haftungsrecht des Straßenverkehrs sowie die Rechtsvergleichung.

Die französische Zivilprozessrechtsreform aus französischer anwaltlicher Sicht

von Michel Wolfer, Paris

Aus Sicht der französischen Anwaltschaft stellt Rechtsanwalt Michel Wolfer die Reform und ihre Auswirkungen für die Praxis am Beispiel von zwei Kernpunkten dar.

Parmi les changements décrits par Monsieur Zwickel dans son commentaire, deux modifications d’une importance pratique considérable me paraissent mériter les observations suivantes.

²¹ Haddad/Delaunay, <https://www.village-justice.com/articles/quelles-sont-les-principales-modifications-apportees-par-reforme-procedure,33637.html> (Stand: 31.01.2020).

²² Ferrand, ZZPInt 23 (2018), 25 ff.; Véricel, D. 2019, 1772.

Il s'agit en premier lieu de l'augmentation des pouvoirs du Juge de la Mise en État, conformes à l'économie de la réforme censée notamment favoriser la rapidité des procédures.

Avant la réforme, le Juge de la Mise en État, s'il pouvait – à l'exclusion de toute autre formation du Tribunal – statuer sur les exceptions de procédure mettant fin à l'instance (incompétence, nullité de l'assignation), accorder une provision au créancier, ordonner toutes mesures provisoires et toutes mesures d'instruction, ne pouvait pas trancher les fins de non-recevoir qui, conformément aux dispositions de l'article 122 du Code de Procédure Civile sont des moyens tendant « à faire déclarer l'adversaire irrecevable en sa demande, sans examen au fond, pour défaut du droit d'agir, tel le défaut de qualité, le défaut d'intérêt, la prescription, le délai préfix, la chose jugée ».

Ainsi donc, une procédure pouvait être menée jusqu'à son terme – une durée de deux années n'étant pas inhabituelle devant certains Tribunaux de Grande Instance ! – pour que finalement la formation de jugement du Tribunal déclare l'action irrecevable.

Désormais, pour les instances introduites postérieurement au 1^{er} janvier 2020, le Juge de la Mise en État peut donc statuer – toujours à l'exclusion de toute autre formation du Tribunal – sur les fins de non-recevoir.

En application du nouvel article 791 du Code de Procédure Civile, le Juge de la Mise en État doit impérativement être saisi par des conclusions distinctes des conclusions au fond adressées au Tribunal.

Nul doute que la jurisprudence antérieure de la Cour de Cassation déclarant irrecevables les conclusions d'incident non spécifiquement adressées au Juge de la Mise en État sera maintenue.

L'affaire se complique si la fin de non-recevoir nécessite que soit tranchée au préalable une question de fond.

Le décret du 11 décembre 2019, modifiant/complétant l'article 789.6 du Code de Procédure Civile prévoit dans ce cas la compétence concurrente du Juge de la Mise en État et de la formation de jugement du Tribunal à qui l'examen de la fin de non-recevoir pourra être renvoyé, soit d'office par le Juge de la Mise en État soit à la demande d'une partie et ce uniquement dans les affaires qui ne relèvent pas du Juge ou qui ne lui sont pas attribuées.

On peut ici se demander si l'objectif de simplification recherché par le législateur a bien été atteint en ce qui concerne le traitement pour le moins complexe des fins de non-recevoir relevant désormais en théorie de la compétence exclusive du Juge de la Mise en État mais

dans certains cas de la compétence concurrente du Juge de la Mise en État et de la formation de jugement du Tribunal.

En second lieu, la réforme a généralisé l'exécution provisoire de droit. Le nouvel article 514 du Code de Procédure Civile prévoit que, pour les procédures engagées depuis le 1^{er} janvier 2020, les décisions de première instance seront, de plein droit, exécutoires à titre provisoire, à moins que la loi ou la décision rendue n'en dispose autrement. Parmi ces exceptions figurent notamment les décisions du Conseil de Prud'hommes, à l'exception de celles visées à l'article R 1454-28 du Code du Travail.

Dès l'abord, il convient de relever – ce qui peut paraître paradoxal – que la réforme n'a pas remis en cause le principe du caractère suspensif de l'appel édicté par l'article 539 du Code de Procédure Civile.

Ce paradoxe n'est toutefois qu'apparent; il signifie simplement que l'exécution du jugement de première instance se fait toujours aux risques et périls du créancier.

L'exécution provisoire de droit ne pourra désormais être écartée que si elle est incompatible avec la nature de l'affaire.

Étant précisé que cette exécution provisoire pourra être subordonnée, d'office ou à la demande d'une partie, à la constitution d'une garantie, réelle ou personnelle, suffisante pour répondre de toutes restitutions ou réparations.

La faculté ainsi offerte au Juge d'écarter l'exécution provisoire de droit ne s'applique toutefois pas lorsqu'il statue en référé, qu'il prescrit des mesures provisoires, ordonne des mesures conservatoires, ainsi que lorsqu'il accorde une provision au créancier en qualité de Juge de la Mise en État.

En cas d'appel, le Premier Président de la Cour d'Appel peut arrêter l'exécution provisoire à la double condition qu'il existe un moyen sérieux d'annulation ou de réformation de la décision de première instance et que l'exécution provisoire risque d'entraîner des conséquences manifestement excessives ; ce risque s'appréciant pour le débiteur en fonction de ses facultés de paiement ou aux facultés de remboursement du créancier.

À noter ici que la demande d'arrêt de l'exécution provisoire en cas d'appel ne sera recevable que si le défendeur a, en première instance, demandé que l'exécution provisoire de droit soit écartée (article 514-3 alinéa 2 du Code de Procédure Civile).

S'il ne le fait pas, le défendeur, appelant devant la Cour, devra démontrer que l'exécution provisoire risque d'entraîner des conséquences manifestement excessives qui se sont révélées postérieurement à la décision de première instance.

Enfin, il convient de rappeler que, en cas d'appel, l'intimé pourra, en cas de non-exécution de la décision de première instance par l'appelant, demander la radiation de l'affaire du rôle de la Cour d'Appel à laquelle l'appelant pourra s'opposer en établissant que l'exécution serait de nature à entraîner des conséquences manifestement excessives ou qu'il est dans l'impossibilité d'exécuter la décision.

La simplicité n'est manifestement pas la qualité première de la réforme de la procédure civile résultant du décret n°2019-1333 du 11 décembre 2019 ; les avocats dont la réforme a accru le rôle pourront s'en réjouir ; les justiciables sans doute un peu moins...



Michel Wolfer ist Mitbegründer der Pariser Kanzlei hw&h Hertslet Wolfer & Heintz Avocats & Rechtsanwälte.

Er begleitet deutsche und französische Unternehmen und Manager im Rahmen von Prozessen vor der Zivil- und Handelsgerichtsbarkeit. Seine Tätigkeitsschwerpunkte liegen im Bereich der vertraglichen und deliktischen Haftung und der industriellen Haftungsrisiken sowie des Presserechts und des Wirtschaftsstrafrechts.

■ Aus den Hochschulen

Die Hochschullandschaft ist reich an deutsch-französischen Studienprogrammen der Rechtswissenschaften, welche mehrheitlich von der Deutsch-Französischen Hochschule gefördert werden. Nicht wenige unserer Mitglieder haben an solchen Programmen teilgenommen, wenn sie nicht „auf eigene Faust“ eine ausländische Universität besucht haben. Dabei ist jedes Programm anders, so dass die Studierenden zwischen verschiedenen Modellen und Themenschwerpunkten wählen können. Die Actualités geben an dieser Stelle den Hochschulen die Gelegenheit, ihre eigenen Programme vorzustellen und wir hoffen, Ihnen damit im Laufe der Zeit einen bunten Strauß an deutsch-französischen Bachelor- und Masterstudiengängen quer durch die Republiken präsentieren zu können. Den Anfang macht der Studiengang Erlangen-Rennes.

Integriertes Studienprogramm Deutsch-Französisches Recht an den Universitäten Erlangen und Rennes

von Florian Schwarzbeck und Celine Helm, Erlangen



56 Jahre nach dem *Élysée*-Vertrag unterzeichneten Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Emanuel Macron im Januar 2019 den Vertrag von Aachen und besiegelten damit ein weiteres Mal die „einzigartige Beziehung“ (Tagesschau, 04.03.2019) zwischen Deutschland und Frankreich. Diese enge deutsch-französische Freundschaft wird auch in Zukunft eine wichtige Rolle innerhalb Europas einnehmen, bedenke man nur aktuelle Entwicklungen wie den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union.

Auf diese enge deutsch-französische Freundschaft aufbauend versteht sich das Studienprogramm *Deutsch-Französisches Recht*, das von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen in Kooperation mit der *Université de Rennes 1* seit dem Jahr 2007 angeboten wird, als Ort der Ausbildung und Entwicklung deutsch-französischer Zusammenarbeit.

Die Studierenden, die nach einem ausführlichen Bewerbungsprozess von Vertretern des Programms beider kooperierender Universitäten ausgewählt werden, durchlaufen ein Studium, das während seiner gesamten Zeit von deutschen und französischen Studieninhalten geprägt ist. Dabei handelt es sich bei diesem integrierten Studienprogramm für die deutschen Studierenden um ein reguläres Studium der Rechtswissenschaften, in das für die Dauer von drei Semestern ein Auslandsstudium an der *Université de Rennes 1* eingebunden ist. Die Absolventen erwerben neben dem Ersten Juristischen Staatsexamen zusätzlich mit dem von der Partneruniversität verliehenen *Master Droit européen - spécialité juriste franco-allemand* einen regulären französischen Hochschulabschluss.

Das deutsch-französische Studienprogramm in Erlangen hebt sich gegenüber inzwischen vielfach angebotenen Studiengängen ähnlicher Art im Besonderen dadurch hervor, dass die Studierenden einen Auslandsaufenthalt für die Dauer von drei Semestern an der Partneruniversität in Frankreich absolvieren. Durch diesen vergleichsweise langen Aufenthalt ergeben sich weitere Vorteile: Einerseits wird den Studierenden dadurch tatsächlich ein grundlegender Einblick in das französische Rechts- und Studiensystem sowie ein vertieftes Kennenlernen der französischen Kultur und Gesellschaft ermöglicht.

Andererseits erwerben die Absolventen des Programms mit dem von der *Université de Rennes 1* verliehenen Master 2 neben dem Staatsexamen auch in Frankreich einen vollwertigen universitären Abschluss. Dabei können die während des ersten Mastersemesters in Frankreich

erbrachten Studienleistungen im Rahmen des eigens dafür geschaffenen *Schwerpunktbereichs Deutsch-Französisches Recht* als Juristische Universitätsprüfung anerkannt werden. Darüber hinaus bleibt den Studierenden die Möglichkeit zum Ablegen des Ersten Juristischen Staatsexamens im Freiversuch (bis nach dem elften Semester) erhalten.

Das Studienprogramm ist mit dem Gütesiegel der *Deutsch-Französischen Hochschule* ausgezeichnet, die ihre Projekte nach strengen fachlichen und sprachlichen Kriterien auswählt. Sie gewährt allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Studienprogramms finanzielle Unterstützung für die Dauer des Aufenthalts in Rennes. Während ihrer Auslandsphase werden die Studierenden außerdem von beiden Universitäten stark unterstützt, sei es durch Informationsveranstaltungen über das Studium an der Partneruniversität oder durch die Organisation von Kursen zur Interkulturellen Kommunikation sowie von Tandem-Programmen gemeinsam mit französischen Studierenden zum Erlernen der juristischen Arbeitsmethode in Frankreich.

Dabei wird das Studienprogramm von allen Studierenden sehr positiv aufgefasst. Pro Wintersemester beginnen circa 15 junge und frankophile Abiturientinnen und Abiturienten mit dem Studium *Deutsch-Französisches Recht* in Erlangen. Ihnen ergibt sich durch die Wahl dieses „außergewöhnlichen Studiengangs“ – so die Erlanger Nachrichten (12. Mai 2011) – die Chance, sich zu reflektierten deutsch-französischen Persönlichkeiten zu entwickeln. Der Autor Schwarzbeck ist selbst Student im hier vorgestellten Studienprogramm und kann daher aus eigener Erfahrung und Überzeugung von den vielen durch dieses hervorragende Studienprogramm gebotenen Aspekten berichten.

Die Chancen und Möglichkeiten, die das Erlanger Studienprogramm *Deutsch-Französisches Recht* bietet, ermöglicht den Studierenden also nicht nur, sich in eine neue Ära deutsch-französischer Freundschaft einzureihen und auch in Zukunft diese wunderbare Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. Dank seines binationalen Charakters, seiner Fokussierung auf Europäisches und Internationales Recht sowie seiner berufsorientierten Ausrichtung eröffnet das Studienprogramm darüber hinaus besseren Zugang zum deutschen, französischen und europäischen Arbeitsmarkt.



Weitere Informationen zum Studienprogramm sowie zur Bewerbung und Zulassung zum Studienprogramm erhalten Sie unter: www.dfr.rw.fau.de.

Florian Schwarzbeck ist Student der Rechtswissenschaft im 4. Semester im Integrierten Studienprogramm „Deutsch-Französisches Recht“ an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Deutsches, Europäisches und Internationales Privat- und Wirtschaftsrecht (Prof. Dr. Robert Freitag).



Celine Helm ist Diplom-Juristin (Univ.) und Wissenschaftliche Mitarbeiterin am selben Lehrstuhl. Sie ist verantwortlich für die Studienbetreuung und -beratung des Integrierten Studienprogramms Deutsch-Französisches Recht Erlangen.

Rechtsvergleichende Doktorarbeiten:

Die Auswirkungen des *référé-expertise* auf deutsche Zivilgerichtsverfahren - Die Brüssel-la-VO auf dem Prüfstand

von Dr. Christiane Lenz, Köln



„Niemand wird aus der Ferne holen, was zu Hause ebenso gut oder besser ist. Aber nur ein Narr wird französischen Wein zurückweisen, weil er die Trauben nicht selbst gekeltert hat.“¹ Mit diesem literarischen Motto deutet die Arbeit direkt zu Anfang eines ihrer wesentlichen Ergebnisse an: Ein im Rahmen eines französischen Sachverständigenbeweisverfahrens erstattetes Gutachten kann von einem deutschen Gericht nach den Regeln der ZPO verwertet werden.

Untersucht werden Fragen, die sich stellen, wenn innerhalb einer deutsch-französischen Handelsbeziehung trotz Vorliegen einer Gerichtsstandsklausel zu Gunsten eines deutschen Gerichts² die Einleitung eines *référé-expertise*-Verfahrens nach Art. 145 des *Code de procédure civile* vor einem französischen Gericht beantragt wird. Damit bietet die Arbeit insbesondere einen Leitfaden für Rechtsanwälte und Richter, die sich mit solchen und ähnlichen Fällen befassen.

¹ In Anlehnung an Rudolf von Jhering, Geist des römischen Rechts auf den verschiedenen Stufen seiner Entwicklung, Teil 1, zitiert nach Kötz, Hein, Undogmatisches, Tübingen, 2005, S. 165.

² Vorausgesetzt wird, dass die Gerichtsstandsvereinbarung der Parteien zu Gunsten eines deutschen Gerichts nach Art. 25 EuGVVO wirksam und als ausschließlich im Sinne der Norm gewollt ist. Außerdem soll sie so zu verstehen sein, dass sie selbstständige Beweisverfahren sowie gesetzliche Ansprüche erfasst und die Gerichtsstände der Interventionsklage und der Streitgenossenschaft nach Art. 8 Nr. 1, 2 EuGVVO ausgeschlossen sind. Es wird außerdem angenommen, dass eine Gerichtsstandsvereinbarung, die sich auch auf den einstweiligen Rechtsschutz bezieht, die Anwendbarkeit von Art. 35 EuGVVO nicht ausschließt.

Die Arbeit kommt unter anderem zu den folgenden Ergebnissen: Trotz der deutschen Gerichtsstandsvereinbarung ist die Durchführung des französischen selbstständigen Sachverständigenbeweisverfahrens auf der Grundlage von Art. 35 EuGVVO möglich, wenn das französische Gericht das für das selbstständige Sachverständigenbeweisverfahren örtlich sachnächste und das französische selbstständige Beweisverfahren zumindest auch auf die Sicherung eines Beweismittels gerichtet ist. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass die Entscheidung *St. Paul Dairy*³ des EuGH nicht auf den *référé-expertise* übertragbar ist.

Ein im Rahmen des *référé-expertise*-Verfahrens erstattetes Sachverständigengutachten lässt sich sodann nach § 493 ZPO in Verbindung mit dem Mechanismus der Substitution genauso wie das im Rahmen eines deutschen Verfahrens erstattete Sachverständigengutachten vor dem deutschen Hauptsachegericht verwerten. Ein Rückgriff auf den Urkundenbeweis ist nicht erforderlich.

Weiterhin setzt sich die Arbeit mit den Voraussetzungen von Beweisverwertungsverböten und der Anwendbarkeit der Kostennormen der ZPO in der beschriebenen Situation auseinander. Danach gehören zum Beispiel die Kosten des *référé-expertise*-Verfahrens über den Mechanismus der Substitution unter bestimmten Voraussetzungen nach § 91 I ZPO zu den Kosten eines nachfolgenden deutschen Hauptsachrechtsstreits.

Die Arbeit leistet außerdem einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung des europäischen Rechtskraftbegriffes, deren Wechselwirkung mit Art. 35 EuGVVO sie eingehend untersucht. Daneben beschäftigt sie sich mit dem Zusammenspiel von Art. 35 EuGVVO und den Art. 29, 31 EuGVVO. Hierbei liegt der Fokus insbesondere auf der Frage, ob das deutsche oder das französische Gericht zuständig ist, wenn vor dem deutschen Gericht die Hauptsache oder ein selbstständiges Beweisverfahren parallel zum *référé-expertise*-Verfahren anhängig gemacht wird. In diesem Zusammenhang enthält die Arbeit eine ausführliche Besprechung der Entscheidungen *Hanse Yachts*⁴ des EuGH und *Linde France*⁵ der Cour de Cassation.

Abschließend untersucht die Arbeit die genannten Punkte auch im Zusammenhang mit einer deutsch-französischen Lieferkette. Dabei liegt der Schwerpunkt auf den Fällen einer grenzüberschreitenden Streit-

³ EuGH, Urteil vom 28.04.2005, Az. C-104/03.

⁴ EuGH, Urteil vom 04.05.2017, Az. C-29/16.

⁵ Cass. 1^{re} civ., 28.01.2015, Nr. 13-24742, 14-11208.

verkündung während des *référé-expertise*-Verfahrens und einer grenzüberschreitenden *action directe en responsabilité*⁶ des französischen Endkunden gegen den deutschen Erstverkäufer bei Vorliegen einer Gerichtsstandsvereinbarung zu Gunsten eines deutschen Gerichts zwischen dem deutschen Erstverkäufer und dem französischen Zwischenhändler. Hier ist hervorzuheben, dass § 411a ZPO die Verwertung des Gutachtens eines französischen Sachverständigen durch ein deutsches Gericht auch dann ermöglicht, wenn die Parteien⁷ des *référé-expertise*- und des deutschen Hauptsacheverfahrens nicht übereinstimmen.



Schriftenreihe der Deutsch-französischen Juristenvereinigung, Nomos Verlag, Baden-Baden 2019, 297 S.

Frau Dr. Christiane Lenz ist Rechtsanwältin bei der Anwaltskanzlei Epp & Kühl in Köln. Sie ist Mitglied des Comité exécutif des Institut européen de l'expertise et de l'expert (EEEI). Ihre Tätigkeitsschwerpunkte sind das Schiedsverfahren/Litigation und das IPR.

Strafschadensersatz im internationalen Rechtsverkehr - Die Behandlung ausländischer punitive damages im deutsch-französischen Rechtsvergleich

von Dr. Marc Lendermann, Berlin

⁶ Für diesen Teil der Arbeit wird, abweichend von den übrigen Teilen, die eine deutsche Rechtswahlklausel annehmen, davon ausgegangen, dass der Vertrag zwischen dem deutschen Erstverkäufer und dem französischen Zwischenhändler durch eine Rechtswahlklausel französischem Recht unterliegt.

⁷ Im Fall der *action directe en responsabilité* sind am *référé-expertise*-Verfahren der deutsche Erstverkäufer und der französische Endkunde und im Falle der Streitverkündung zusätzlich noch der französische Zwischenhändler beteiligt. Das maßgebliche Hauptsacheverfahren vor dem deutschen Gericht findet in der untersuchten Situation zwischen dem deutschen Erstverkäufer und dem französischen Zwischenhändler statt.



Wenngleich die Rechtsordnungen kontinentaleuropäischer Länder keinen Strafschadensersatz kennen, können ihre Gerichte im Rahmen des internationalen Privat- und Zivilverfahrensrechts mit diesem ausländischen Rechtsinstitut befasst sein. Wie beispielsweise haben Gerichte zu entscheiden, wenn die Vollstreckung eines amerikanischen Urteils über *punitive damages* beantragt wird? Ausgehend von der abweichenden Rechtsprechung in Deutschland und Frankreich untersucht Marc Lendermann die unterschiedliche Auslegung des *ordre public* aus rechtsvergleichender Perspektive.

Die Arbeit untersucht unter Anwendung rechtsvergleichender Methodik, wie ausländischer Strafschadensersatz im internationalen Rechtsverkehr durch deutsche und französische Gerichte behandelt wird. Ausgangspunkt und Kern der Untersuchung ist die Frage, unter welchen Umständen ausländische Urteile, die zu Strafschadensersatz, sogenannten *punitive damages*, verurteilen, in Deutschland und Frankreich anerkannt und vollstreckt werden können. Während sowohl das deutsche als auch das französische Recht bislang vom Ausgleichsprinzip ausgehen, demzufolge das Schadensersatzrecht lediglich der Kompensation erlittener Schäden dienen sollen, und nicht der Bestrafung desjenigen, der eine Pflichtverletzung begeht, unterscheidet sich die Rechtsprechung beider Länder bezüglich der Frage, ob ausländische Urteile, die zu Schadensersatz auch zu Zwecken der Bestrafung aussprechen anerkannt werden können. Während der Bundesgerichtshof 1992 entschied, dass solche Urteile gegen den deutschen *ordre public* verstoßen und daher nicht anerkennungsfähig sind, nahm der französisch Oberste Gerichtshof in Straf- und Zivilurteilen eine ganz andere Position ein. Demnach verstoßen ausländische Urteile über *punitive damages* grundsätzlich nicht gegen den französischen *ordre public*, es sei denn, ihre Höhe sei unverhältnismäßig hoch.

Ausgehend von dieser divergierenden Rechtsprechung beider Länder untersucht die Dissertation mögliche Gründe für die diametral gegenüberstehenden Positionen der obersten Gerichte. Dazu wird im ersten Teil der Arbeit zunächst auf die materiellrechtliche Lage in beiden Rechtsordnungen eingegangen. Dabei zeigt sie auf, dass eine unterschiedliche Auslegung des *ordre public* in Bezug auf Strafschadensersatz nicht mit Unterschieden im jeweiligen nationalen Haftungsrecht begründet werden kann. Untersucht wird auch die Frage, ob sich Unternehmen zu Strafschadensersatz wegen im Ausland belegener Risiken versichern können.

Im zweiten Teil, der den eigentlichen Hauptteil der Arbeit bildet, wird die Frage untersucht, wie deutsche und französische Gerichte mit ausländischem Strafschadensersatz umgehen. Die Fragestellung wird sowohl kollisionsrechtlich als auch zivilverfahrensrechtlich beleuchtet.

Sie geht insbesondere auf die Frage ein, nach welchen Kriterien die Verhältnismäßigkeit der Höhe von Strafschadensersatz beurteilt werden kann und entwickelt diesbezüglich einen eigenen Ansatz.

Im Ergebnis plädiert die Arbeit für eine Konvergenz bei der Behandlung ausländischen Strafschadensersatzes. Deutsche Gerichte sollten so wie in Frankreich ausländische Entscheidungen über Strafschadensersatz grundsätzlich als vollstreckungsfähig erachten. Französische Gerichte hingegen sollten sich an den in Deutschland getroffenen kollisions- und rechtshilferechtlichen Lösungen orientieren.



Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, Mohr Siebeck, Tübingen 2019, 337 S.

Herr Dr. Marc Lendermann, maître en droit, ist Regierungsdirektor. Seine Dissertation wurde mit dem Prix de la République Française ausgezeichnet.

Prix de thèse BIJUS du Centre juridique franco-allemand de l'Université de la Sarre, 3ème édition 2020



Pour la troisième fois, le Centre juridique franco-allemand de l'Université de la Sarre décernera dans le courant de l'année 2020 le prix de thèse BIJUS. Ce prix a pour objet de récompenser une thèse de droit rédigée en langue française portant sur le droit allemand ou sur une comparaison avec le droit allemand. Il n'existe aucune condition de nationalité du candidat ou de l'université auprès de laquelle la thèse a été soutenue.

La thèse lauréate se verra décerner la mention « Premier prix de thèse BIJUS du Centre juridique franco-allemand » et le lauréat se verra remettre une somme d'argent de 1000 €. Par ailleurs, le jury pourra décerner un ou plusieurs « Prix de thèse », non dotés d'une somme d'argent.

Les candidatures au prix de thèse BIJUS du Centre juridique franco-allemand seront closes le 31 mai 2020. Pourront être présentées les thèses soutenues entre le 1er septembre 2014 et le 31 mai 2020.

De plus amples informations sont disponibles sur le site Internet <https://www.bijus.eu/?p=13167>.

■ Im Gespräch

Nicolas Morvilliers, Avocat au Barreau de Toulouse und Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Toulouse, im Interview



Unsere Interviewreihe führt uns in die berühmte französische „ville rose“ und dabei entfernen wir uns nur scheinbar von der Bundesrepublik. Denn unser Interviewpartner, Nicolas Morvilliers, ist seit 1996 Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland für die Region Midi-Pyrénées in Toulouse. Hauptberuflich berät der Gründungspartner der Toulouser Anwaltssozietät Morvilliers Sentenac im Internationalen Wirtschaftsrecht mit Schwerpunkt auf dem Gewerblichen Rechtsschutz und dem Wettbewerbsrecht. Zudem ist er Gründungs- und Vorstandsmitglied des Deutsch-Französischen Wirtschaftsclubs Toulouse Midi-Pyrénées.

Dans quelles circonstances avez-vous commencé à vous intéresser au droit allemand ?

Comme souvent, les vocations naissent du hasard...

Amoureux de l'Allemagne et désireux d'y étudier après avoir réussi mon baccalauréat, il se trouvait qu'une des seules filiales franco-allemandes à l'époque était le Centre Juridique franco-allemand de Saarbrücken.

Le droit allemand est donc venu en même temps que le droit tout court.

Mais le hasard fait bien les choses car ni l'Allemagne, ni le droit ne m'ont plus quitté.

Après l'Université de la Sarre, il y a eu un programme du DAAD à Tübingen puis mon intégration dans un cabinet d'Avocats aujourd'hui devenu HOGAN LOVELLS à Düsseldorf, et donc le début d'une longue aventure franco-allemande, qui se poursuit aujourd'hui.

Quelles différences ayant des incidences sur votre propre vie professionnelles relevez-vous particulièrement entre les pratiques juridiques en France et en Allemagne ?

L'influence de l'enseignement universitaire allemand plus axé sur la résolution de cas et la recherche personnelle m'a certainement donné une curiosité dans la recherche des solutions juridiques au quotidien, une méthodologie exigeante, la ponctualité professionnelle et l'habitude de ne pas laisser trainer un papier dans mon bureau le soir avant de partir.

Mais il me semble toutefois qu'en matière de droit de la concurrence ou de la propriété intellectuelle, qui sont mes domaines de pratique habituelle, l'harmonisation constante des textes sur lesquels nous travaillons tend à gommer les différences entre les pratiques françaises ou allemandes.

Selon vous, quels sont les métiers les plus adaptés à des juristes ayant des connaissances en droit français et en droit allemand ?

Dès lors que l'on maîtrise la langue de l'autre, ces différences me paraissent aujourd'hui beaucoup moins perceptibles qu'il y a quelques décennies.

Étant basé à Toulouse et par nature proche de l'industrie aéronautique, je répondrais spontanément que travailler dans une grande entreprise franco-allemande offre un champ de possibilités extraordinairement large aux juristes bilingues et biculturels.

D'ailleurs, avec le recul dramatique de l'enseignement de l'allemand en France, ces profils deviennent de vraies perles rares qui disposent d'un atout concurrentiel considérable, pour devenir juristes d'entreprises ou avocats franco-allemands bien sûr, mais également accéder à l'enseignement supérieur.

Les universités, comme précisément celle de Toulouse, misent de plus en plus sur des filières d'excellence franco-allemandes en partenariat avec des universités allemandes, ce qui permet d'ailleurs de retisser ce lien franco-allemand si nécessaire à l'intégration européenne.

À ce sujet, les institutions communautaires offrent également de très beaux débouchés aux juristes franco-allemands.

Quelles sont les recommandations que vous pourriez donner d'une façon générale à des jeunes juristes dans le but d'accéder à une vie professionnelle épanouissante ?

Je me garderais bien de donner des recommandations et plus encore des leçons de vie épanouissantes...

Il s'agit là d'une voie intime, difficile à partager.

Je dirais simplement pour moi-même qu'il faut trouver un équilibre entre une grande exigence professionnelle et le plaisir du quotidien.

Le contact avec des clients complices, le partage avec les équipes, l'échange des idées ou des stratégies... Si on n'a plus plaisir à cela, il ne faut pas hésiter à changer de direction.

Quant au choix de son lieu de vie, il faut surtout éviter d'en rester aux clichés...

Il nous arrive ainsi de recevoir à Toulouse des candidats plutôt attirés par le climat et l'idée d'une vie qu'ils imaginent détendue et festive en Occitanie, ce qui correspond à la réalité... à condition de ne pas oublier que le rythme et la charge de travail dans un cabinet comme le nôtre est largement équivalent à celui d'une structure comparable à Hambourg ou à Munich !

Nous le mesurons d'ailleurs en permanence au travers de notre réseau CONSULEGIS qui nous permet d'échanger en permanence avec nos confrères allemands.

Je souhaite quoi qu'il en soit à tous en ces temps difficiles de pandémie, une excellente santé au quotidien et de ne pas douter que l'avenir est franco-allemand.

■ Recht verständlich

Die Kurzarbeit

von Dr. Konstanze Brieskorn

Mit einer neuen Rubrik möchten wir das Augenmerk auf juristische Begriffe lenken und diese sowohl aus Sicht des deutschen als auch des französischen Rechts erläutern. Den Anfang macht – aus aktuellem Anlass – die „Kurzarbeit“ oder „chômage partiel“ (auch „chômage technique“ oder „activité partielle“).

Kurzarbeit bedeutet nach deutschem Rechtsverständnis die vorübergehende Verringerung der regelmäßigen Arbeitszeit in einem Betrieb für einige oder sogar alle Arbeitnehmer aufgrund eines erheblichen Arbeitsausfalls. Die Verringerung der Arbeitszeit kann bis zu 100% Prozent betragen. Die Einführung von Kurzarbeit, die nach dem Willen des Arbeitgebers mit einer entsprechenden Gehaltskürzung verbunden ist, ist zulässig aufgrund einer entsprechenden individual- oder kollektivrechtlichen Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und den betroffenen Arbeitnehmern.

Von der Kurzarbeit betroffene Arbeitnehmer können bei Vorliegen bestimmter betriebs- und personenbezogener Voraussetzungen einen finanziellen Ausgleich für die mit der Kurzarbeit verbundenen Gehaltseinbußen von der Agentur für Arbeit erhalten, das sogenannte Kurzarbeitergeld.

Während das Kurzarbeitergeld in Deutschland 60% bzw. bei Arbeitnehmern mit unterhaltspflichtigen Kindern 67% des pauschalierten Nettoentgelts beträgt, das der Arbeitnehmer für die nicht gearbeitete Zeit erhalten hätte, liegt dieser Betrag in Frankreich bei 70% des Bruttogehalts, das der Arbeitnehmer erhalten hätte, wenn er Vollzeit gearbeitet hätte (entspricht etwa 84% seines Nettogehalts). In Frankreich wie in Deutschland wird das Kurzarbeitergeld durch den Arbeitgeber berechnet und ausbezahlt, der Arbeitgeber erhält hierfür eine Erstattung durch die Agentur für Arbeit bzw. die *Agence de services et de paiement* (ASP). In Frankreich ist der Erstattungsbetrag auf das 4,5-fache des französischen Mindestlohns gekappt, in Deutschland erfolgt eine Deckelung über die Beitragsbemessungsgrenzen. Während in Deutschland derzeit mindestens 10% der Arbeitnehmer von einer Reduzierung ihrer Arbeitszeit von mindestens 10% betroffen sein müssen, sieht das französische Recht keine derartigen Mindestvoraussetzungen vor.

Aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben der deutsche und der französische Gesetzgeber die jeweiligen Zugangsvoraussetzungen für das Kurzarbeitergeld erheblich gelockert. Weitere Informationen hierzu unter www.arbeitsagentur.de und www.asp-public.fr.

Sofern Sie an dieser Rubrik mitwirken wollen, indem Sie Erläuterungen zu Rechtsbegriffen in deutsch-französischer Hinsicht mit uns teilen, so sprechen Sie gern die Redaktion der Actualités (siehe Impressum) an.



Frau Dr. Konstanze Brieskorn, Maître en droit, ist Rechtsanwältin in der deutsch-französischen Rechtsanwaltskanzlei Lainé et Cie Avocats Rechtsanwältinnen in Berlin.

Ihre Tätigkeitsschwerpunkte sind das Arbeits- und das Wirtschaftsrecht

■ Lesenswertes

Sybille Neumann/Oliver Berg, *Einführung in das französische Recht*, 1. Auflage, Nomos Verlag, Baden-Baden 2020, 161 S.

von Dr. Konstanze Brieskorn, Berlin



Dr. Sybille Neumann, Professorin für Zivilrecht an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, und Dr. Oliver Berg, Rechtsanwalt in Paris und Lehrbeauftragter an den Universitäten Lothringen und Straßburg, haben im Nomos-Verlag ganz frisch eine kompakte „Einführung in das französische Recht“ herausgebracht.

Der gut lesbare Band bietet einen hervorragenden Einblick in die französische Rechtsordnung und die meisten wichtigen Rechtsgebiete und ist dabei auf dem allerneuesten Stand der Entwicklungen sowohl der Gesetzgebung als auch der Rechtsprechung einschließlich der jüngsten Neuerungen in der Gerichtsorganisation.

Beginnend mit den geschichtlichen Grundlagen erhält der Leser eine Einführung in die Rechtsquellen des französischen Rechts und einen genauen Überblick über die Gerichtsorganisation in Frankreich.

Sodann wird der Leser eingeführt in die Grundlagen des französischen öffentlichen Rechts und des Strafrechts, wobei immer wieder vergleichende Bezüge zum deutschen Recht hergestellt und Unterschiede erläutert werden.

Das französische Zivilrecht wird insbesondere im Bereich des allgemeinen und – mit Einzeldarstellungen zum Kauf- und zum Bürgschaftsvertrag – besonderen Vertragsrecht sowie des Deliktsrechts erläutert. Sodann folgt ein kurzer Überblick über das Handels- und Gesellschaftsrecht. Hier wünscht sich der Leser für eine zweite Auflage Ergänzungen zum Arbeitsrecht und zum Sachenrecht sowie – insgesamt – eine sorgfältigere Lektorierung.

Abgerundet wird das Buch mit einer kompakten Darstellung der französischen Juristenausbildung und ihrer Besonderheiten im Vergleich zu Deutschland.

Zahlreiche Fußnoten verweisen auf die jeweiligen Quellen und erlauben eine vertiefere Lektüre der dargestellten Inhalte in Gesetz, Rechtsprechung und Lehre. Hilfreich ist auch die Verwendung sämtlicher verwendeter Fachbegriffe in französischer Sprache und ihre Erläuterung und Übersetzung.

Insgesamt ist der Band eine empfehlenswerte Lektüre für eine breite Zielgruppe, sei es im Rahmen eines deutsch-französischen Studienganges, eines Studienaufenthaltes in Frankreich, einer rechtsvergleichenden Studie oder in der Praxis.

Karine Abderemane, Antoine Claeys, Élise Langelier, Yseult Marique, Thomas Perroud (dir.), Manuel de droit comparé des administrations européennes, Bruylant, coll. Pratique du droit européen, 2019, 490 p.

von Dr. Maria Kordeva, Saarbrücken

En prenant pour repère le droit administratif français, cet ouvrage propose une approche comparée des droits des administrations de cinq États européens : l'Allemagne, l'Espagne, l'Italie, les Pays-Bas et le Royaume-Uni. Une telle exploration horizontale a paru nécessaire, à l'heure où la doctrine européenne reconnaît l'émergence d'un droit administratif européen et que l'influence croissante des droits de l'Union européenne et du Conseil de l'Europe sur le droit de leurs États membres semble bien identifiée. L'intensité des échanges, notamment économiques, sociaux et culturels, se renforce entre ceux-ci et impose une meilleure connaissance et compréhension réciproque.

C'est particulièrement vrai pour le droit administratif dont « l'intelligence interne » - pour reprendre l'expression de Jean Rivero - se comprend à l'aune des influences croisées (européennes, transnationales, etc.) comme à celles des spécificités de l'histoire et des traditions juridiques nationales. C'est afin de rendre compte de la richesse de cette construction que ce manuel offre une présentation claire des concepts, des techniques et des régimes juridiques qui articulent le droit des administrations dans les cinq États-types étudiés. Il donne aux étudiants, praticiens et universitaires, les outils pédagogiques et analytiques afin de mieux comprendre les mutations actuelles des droits publics nationaux et européens. Les auteurs de cet ouvrage, tous enseignant-chercheurs en droit public interne et en droit européen, partagent une passion commune pour le droit comparé.

Annuaire international de justice constitutionnelle, Allemagne, vol. 34 (2018), 2019, p. 807-825.

von Dr. Maria Kordeva, Saarbrücken

La chronique portant sur l'actualité constitutionnelle et la jurisprudence de la Cour constitutionnelle fédérale d'Allemagne pour l'année civile 2018 présente tant les événements marquants de la vie institutionnelle que les décisions ayant imprégné la fonction première de la Cour : celle de rendre la justice. Afin de sélectionner les décisions faisant l'objet d'une analyse dans le cadre de la chronique, il a fallu explorer l'intégralité des arrêts rendus par les juges de Karlsruhe et procéder à une traduction partielle des décisions retenues en vue de permettre au lecteur francophone d'accéder à l'argumentaire développé par la Cour avant d'analyser les solutions livrées par le juge constitutionnel allemand.

Cinq décisions font l'objet de la chronique annuelle de justice constitutionnelle allemande : la décision rendue le 27 février 2018 par la Seconde chambre relatif à l'égalité des chances des partis politiques (2 BvE 1/16, décision de la Seconde chambre du 27 février 2018, 2 BvE 1/16) ; la décision relative à l'interdiction d'exercice du droit de grève des fonctionnaires (2 BvR 1738/12, décision de la Seconde chambre du 12 juin 2018, 2 BvR 1738/12) ; deux arrêts portant sur les rapports de tension entre la liberté d'opinion et l'holocauste (1BvR 673/18 et 1BvR 2083/15 du 22 juin 2018 de la troisième section de la Première chambre de la Cour constitutionnelle fédérale) ; enfin, un arrêt mettant en exergue l'atteinte portée à la liberté personnelle par la privation de liberté dans le cadre d'un séjour psychiatrique (2 BvR 309/15, décision de la Seconde chambre du 24 juillet 2018).

■ Neue Perspektiven



UNSER PLUS AN AUSTAUSCH.

Wir haben nicht nur ein offenes Ohr füreinander, wir setzen auf Dialog.

Die R+V Re ist der professionelle, weltweit tätige Rückversicherer des R+V Versicherungskonzerns und damit Teil der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken. Sie zählt zu den Top 10 der in Europa ansässigen Rückversicherern und wird zentral von Wiesbaden aus gesteuert. Die R+V Re ist in allen Nicht-Leben-Sparten tätig und zeichnet weltweit Risiken.



Weitblick beweisen. Fachlich und persönlich.

Legal Consultant (m/w/d) Aktive Rückversicherung mit verhandlungssicheren englischen und französischen Sprachkenntnissen

Wiesbaden

Breit gefächert: Ihre Aufgaben

- Eigenverantwortliche Bearbeitung sämtlicher Rechtsangelegenheiten des Ressorts Aktive Rückversicherung in allen betreuten Jurisdiktionen (insbesondere englisch- und französischsprachige Länder)
- Bearbeiten des (internationalen) Behördenverkehrs
- Eigenständige Betreuung von Gerichts- und Schiedsgerichts-, Mediations- und weiteren Verfahren
- Halten von Schulungen und/oder Vorträgen

Bestens aufgestellt: Ihr Profil

- Volljurist (m/w/d) mit mindestens befriedigenden Staatsexamina oder einem vergleichbaren ausländischen Abschluss
- Erfahrung im internationalen Wirtschaftsrecht
- Verhandlungssicheres Englisch und Französisch in Wort und Schrift
- Ausgeprägtes Verhandlungsgeschick und hohe Eigeninitiative

Unser Angebot für Ihren Einsatz:

Als Jurist dürfen Sie bei uns mit vielseitigen Herausforderungen rund um das Wirtschaftsrecht im anspruchsvollen Umfeld der aktiven Rückversicherung rechnen. Hierbei kommt es neben Ihren fachlichen Stärken auf Ihre Verhandlungsstärke und eine selbstständige Vorgehensweise an. Bei der Rückversicherung finden Sie alles, was Sie brauchen: Interessante Aufgaben mit internationalem Bezug, attraktive Möglichkeiten für Ihre fachliche und persönliche Entwicklung und hoch qualifizierte Teams.



Interessiert? Dann werden Sie Teil eines starken Teams.

Hier **direkt online bewerben**. Referenzcode: 16615

Bei Rückfragen erreichen Sie unser Recruiting-Team unter: Tel. 0611 533-5210





Offre d'emploi – Avocat en responsabilité du fait des produits défectueux et risques industriels

Le cabinet d'avocats Vogel & Vogel, spécialisé en droit économique, installé à Paris, conseille des entreprises, notamment allemandes et autrichiennes ainsi que leurs filiales françaises, de tous secteurs et de toutes tailles.

Nous recherchons un avocat (H/F), bilingue en allemand, avec si possible une première expérience réussie en responsabilité du fait des produits défectueux et risques industriels.

Intégré à une équipe dynamique, encadré par un manager, l'avocat aura pour mission de mener les différentes phases de contentieux en français et en allemand : analyse du dossier avec le client, conclusions, plaidoiries, assistance aux opérations d'expertise judiciaire (déplacements en France à prévoir), négociations et rédaction de transactions.

Bon relationnel, esprit d'équipe, rigueur et qualités rédactionnelles requises.

Profil recherché :

- Vous avez terminé une formation en droit allemand et français.
- Vous êtes avocat français et maîtrisez l'allemand ou avocat allemand et maîtrisez le français.
- Vous avez une spécialisation en droit privé / droit des affaires, avec si possible une première expérience en cabinet d'avocats.

Ce poste est à pourvoir immédiatement.

Merci de bien vouloir adresser votre candidature (lettre de motivation et CV) par mail à l'adresse suivante : vogel-contact@vogel-vogel.com



30 avenue d'Iéna, 75116 Paris | Avenue des Gaulois 9, 1040 Bruxelles

Tel. +33 (0)1 53 67 76 20 | Fax +33 (0)1 53 67 76 25

vogel-contact@vogel-vogel.com

www.vogel-vogel.com



Stellenangebot – Rechtsanwalt für die Bereiche Produkthaftungsrecht und Recht der industriellen Risiken

Die Pariser Rechtsanwaltskanzlei Vogel & Vogel mit Schwerpunkt Wirtschaftsrecht berät vor allem deutsche und österreichische Unternehmen aller Branchen und Größen sowie deren französische Niederlassungen.

Wir suchen einen zweisprachigen Rechtsanwalt (m/w/d) – Deutsch und Französisch –, möglichst mit erster erfolgreicher Berufserfahrung in den Bereichen Produkthaftungsrecht und Recht der industriellen Risiken.

Wir sind ein dynamisches Team, in das Sie sich leicht mit Unterstützung eines Managers integrieren werden. Ihr Aufgabengebiet umfasst sämtliche Aspekte von Streitfällen in deutscher und französischer Sprache: Aktenanalyse zusammen mit dem Mandanten, Schriftsätze, mündliche Ausführungen, Hilfe bei der Erstellung von Gerichtsgutachten (einschließlich Reisen innerhalb Frankreichs), Verhandlungen und Vergleiche.

Wir erwarten Sozialkompetenz, Teamgeist, Sorgfalt und ausgezeichnete redaktionelle Fähigkeiten.

Ihr Profil:

- Sie haben eine abgeschlossene Ausbildung im deutschen und französischen Recht.
- Sie sind französischer Rechtsanwalt mit hervorragenden Deutschkenntnissen oder deutscher Rechtsanwalt mit hervorragenden Französischkenntnissen.
- Sie haben fundierte Kenntnisse im Privatrecht bzw. Wirtschaftsrecht und verfügen idealerweise über erste Berufserfahrung in einer Anwaltskanzlei.

Die Stelle ist ab sofort zu besetzen.

Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen – Bewerbungsschreiben und Lebenslauf – senden Sie bitte per E-Mail an: vogel-contact@vogel-vogel.com



30 avenue d'Iéna, 75116 Paris | Avenue des Gaulois 9, 1040 Bruxelles

Tel. +33 (0)1 53 67 76 20 | Fax +33 (0)1 53 67 76 25

vogel-contact@vogel-vogel.com
www.vogel-vogel.com

Epp & Kühl sucht für den Standort Köln/Paris oder Lyon Anwälte (m/w/d) im Gesellschaftsrecht.

- **Sie haben das deutsche und französische Recht studiert und möchten nun nicht ausschließlich auf Englisch kommunizieren?**
- **Aus Ihrer Sicht kann man seriös sein, ohne eine Krawatte oder ein Kostüm zu tragen?**
- **Sie wollen anspruchsvolle internationale Fälle bearbeiten und trotzdem genug Freiraum für Ihre Familie oder Ihre Hobbies haben?**

Dann könnten Sie gut zu uns passen!

Hier geht es zur Anzeige:

Deutsch: <https://ek.avocat.de/anwalt-gesellschaftsrecht>

Français: <https://ek.avocat.de/avocat-droit-des-societes>